

**Annoncen-  
Annahme-Bureau.**  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilschstr. 17)  
bei E. H. Meier & Co.  
Breitestraße 14.  
in Gnesen bei Ch. Spindler,  
in Grätz bei F. Streifand,  
in Lese bei Ph. Matthias.

# Posener Zeitung.

Dreundachtzigster

Jahrgang.

**Annoncen-  
Annahme-Bureau.**  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei E. H. Meier & Co.,  
Knausstein & Vogler,  
Rudolph Hase.  
In Berlin, Dresden, Göttingen,  
beim „Invalidenbank“.

Nr. 821.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 22. November.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßte Petitzeile ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

## Vom Landtage.

### 12. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

**Berlin, 20. November.** Am Ministertisch Graf Stolberg, Graf zu Eulenburg, Bitter, v. Puttkamer, v. Kameke. — Die Tribünen sind überfüllt, auch die Diplomaten- und die Hofloge ist in ungewöhnlichem Maße besetzt.

Auf Grund der Berichte der Wahlprüfungs-Kommission beschließt das Haus, die Wahlen der Abg. v. Waddorf und Lubowicz für gültig zu erklären, die der Abgg. Kleist und Kropatschke zu beanstanden, die der Abgg. v. Wedell und Schmidt (6. merseburger Wahlbezirk) für ungültig zu erklären und gleichzeitig die Wahl von 47 Wahlmännern in diesem Wahlbezirk zu fassiren.

Die Interpellation des Abg. Hänel, welche Graf Stolberg sofort zu beantworten sich bereit erklärt, hat folgenden Wortlaut: „Seit geraumer Zeit macht sich gegen die jüdischen Staatsbürger Preußens eine Agitation geltend, welche zu bedauerlichen Ausschreitungen und zu einer weitergehenden Beunruhigung Anlaß gegeben hat.“

In Verfolg dieser Agitation wird eine an den Herrn Reichskanzler und Ministerpräsidenten gerichtete Petition verbreitet, welche die Anforderungen erhebt: 1) daß die Einwanderung ausländischer Juden, wenn nicht gänzlich verhindert, so doch wenigstens eingeschränkt werde; 2) daß die Juden von allen obrigkeitlichen (autoritativen) Stellen ausgeschlossen werden, und daß ihre Verwendung im Justizdienste — namentlich als Einzelrichter — eine angemessene Beschränkung finde; 3) daß der christliche Charakter der Volksschule, auch wenn dieselbe von jüdischen Schülern besucht wird, streng gewahrt bleibe und in derselben nur christliche Lehrer zugelassen werden, daß in allen übrigen Schulen aber jüdische Lehrer nur in besonders motivierten Ausnahmefällen zur Anstellung gelangen; 4) daß die Wiederaufnahme der amtlichen Statistik über die jüdische Bevölkerung angeordnet werde.

In Veranlassung dessen erlaubt sich der Unterzeichnete an die königliche Staatsregierung die Anfrage zu richten: welche Stellung nimmt dieselbe den Anforderungen gegenüber ein, die auf Beseitigung der vollen verfassungsmäßigen Gleichberechtigung der jüdischen Staatsbürger zielen?

Abg. Hänel: Meine Herren! Im Jahre 1878, gerade hundert Jahre, nachdem Lessing seinen „Nathan den Weisen“ (Gelächter rechts und im Zentrum) geschrieben hatte — ja, m. H., ein Werk, das allerdings noch heute eine der größten Zierden unserer literarischen Literatur ist — versammelte sich hier in Berlin der europäische Kongreß, dessen Verhandlungen zu dem Vertrage vom 13. Juli führten. In diesem Vertrage hatten Bulgarien, Serbien, Montenegro und Rumänien die Aufnahme in die europäische Völkergemeinschaft gefunden, nicht ohne Bedingungen, unter Anderem mit folgender Klausel: „Es darf der Unterschied des religiösen Glaubens und der Bekenntnisse niemand gegenüber geltend gemacht werden, als ein Grund der Ausschließung und der Unfähigkeit des Genusses der bürgerlichen Rechte, der Zulassung zu öffentlichen Diensten, Ämtern und Ehrenstellen oder der Ausübung der verschiedenen Berufe und Gewerbe, an welchem Orte es auch sei.“ Diese Klausel war selbstverständlich für alle Konfessionen von höchster Bedeutung. (Zurufe aus dem Zentrum: „Mit Ausnahme der Katholiken!“ Unruhe.) Den nächsten Anlaß dazu gab allerdings — da man das Prinzip der Gleichberechtigung der verschiedenen christlichen Konfessionen für unantastbar hielt — die Lage der Juden. Die Protokolle ergeben, daß gerade die jüdische Frage den Kongreß zu dieser Klausel veranlaßt hat. Die Frage der vollen Parität der jüdischen Bevölkerung in jenen Landesheilen ist zuerst für Serbien zur Kontestation gekommen. Frankreich machte den entsprechenden Vorschlag für die Formel. Die Verhandlungen finden sich im 8. Protokoll. Fürst Gortschakoff erklärte zwar an, daß die religiöse Freiheit gewahrt bleiben müsse, erklärte sich aber mit Entschiedenheit dagegen, die Konsequenzen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung zu ziehen und exemplifizirte für seinen Standpunkt auf die traurige Lage der Israeliten in jenen Ländern, sowie in einzelnen Landesheilen Rußlands. Es war der Fürst Bismarck, der ihm entgegentrat und ihm die Bemerkung entgegenhielt, ob nicht vielleicht der traurige Zustand der Juden in jenen Ländern gerade dadurch herbeigeführt worden sei, daß sie von der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung ferngehalten worden seien. Die Kontestation erneuerte sich in Bezug auf Rumänien, einem Lande, wo die Regelung der Frage große Schwierigkeiten machen mußte, weil man dort die Juden bisher gänzlich einfach als Fremde, als Ausländer behandelt hatte. Auch hier verteidigte der französische Bevollmächtigte die betreffende Klausel; er erörterte die vorhandenen Schwierigkeiten, entschied sich aber dafür, daß nur volle Emanzipation die Assimilation der Juden an die einheimische Bevölkerung herbeiführen könne, daß Rumänien, wenn es die Vortheile des Eintritts in die große europäische Staatenfamilie genießen wolle, auch die dafür vorgeschriebenen Pflichten übernehmen müsse. Er schloß mit einer beredten Apostrophe dahin, daß sich in langer Zeit keine so feierliche Gelegenheit finden werde, um aufs Neue die Grundsätze zu befestigen, die den äußeren und den inneren Frieden der zivilisirten Nationen ausmachen. (Hört, hört!) Dieser Vorschlag fand die ungetheilte und rückhaltlose Zustimmung des Reichskanzlers, und letzterer betonte hierbei besonders die Lage der Gesetzgebung des deutschen Reichs; „er habe hohes Interesse daran, daß eben die Grundsätze, die in der inneren Politik befolgt wurden, auch auf die äußere Politik Anwendung fanden.“ So wurde jene Klausel der vollen Gleichberechtigung für alle Konfessionen und mithin auch die volle Parität der jüdischen Bevölkerung eine europäische Angelegenheit. Ich konstatire die Thatfache, daß eine Forderung der rumänischen Regierung in Bezug auf die Ausfüllung der Klausel von Deutschland, Frankreich und England damit beantwortet wurde, daß man nach wie vor an der formellen Verbindlichkeit Rumäniens auf allmähliche Einräumung voller Parität für die gesammte jüdische Bevölkerung festhalte. Jene Klausel ist nicht ausgegangen von einer agitatorischen, nicht von einer fortschrittlichen oder sonstigen liberalen Partei, auch nicht von einer verführten Gesellschaft, sie ist durch die Versammlung der Vertreter der europäischen Mächte geschaffen worden. Es waren die ersten Staatsmänner Europas, welche dem Grundsatz eine feierliche Anerkennung verschafften, daß die volle Anerkennung der religiösen Parität und in Folge dessen der bürgerlichen Gleichberechtigung der Juden eine so wesentliche Grundlage der Staatenehre ist, daß ohne die Anerkennung derselben der Eintritt in die europäische Völkergemeinschaft verweigert werden müsse. Um die nämliche Zeit, als so das europäische Verdict in dieser Frage gesprochen wurde,

— ich will nicht sagen, begann, aber accentuirte sich immer schärfer und leidenschaftlicher jene antisemitische Bewegung, vor deren häßlicher Gestalt wir heute stehen. Im Anfange konnte man sich über Richtung, Ziel und Methode dieser Bewegung wohl täuschen. Im Anfang schien es, als ob diese Bewegung einen Unterschied machen wollte zwischen guten Juden und schlechten Juden, zwischen denjenigen, die sich unserer Zivilisation assimilirt hätten und denjenigen, die ihr immer noch fremd gegenüber ständen. Diese Voraussetzung ist der Grund dafür, daß Männer von höchster Bildung, die nicht in die vulgäre Judenhebe eingetreten wären, jener Bewegung Anfangs einen gewissen Vorbehalt verliehen, in der Meinung, daß es gelingen könnte, auf diesem Wege einen sanfteren Druck auf gewisse jüdische Elemente auszuüben und ihre Assimilation zu beschleunigen. Diese vermeintliche Sanftmuth der Bewegung ist längst überwunden. Meine Freunde und ich leugnen schlechterdings nicht, daß es gewisse Mißstände und Aergernisse auch in jüdischen Kreisen giebt. Es giebt unter unseren jüdischen Mitbürgern ausgezeichnete Männer, die es sich zu ihrer Lebensaufgabe machen, das zu thun, was sie selbst „Selbstkritik des Judenthums“ nennen. Es ist unbestreitbar, daß in jüdischen Kreisen noch vielfach eine gewisse Sucht nach schnell erworbenem Reichtum, nach nervösem Hinbrängen zu äußeren Ehrenstellungen sich geltend macht, daß sie sich in den größeren Städten zusammendrängen, daß sie einen gewissen Zusammenhang, ein gegenseitiges Abschließen noch in gewissen Kreisen aufrecht erhalten, welches sie uns fremd macht. Mein — wir sollen die Juden mehr als ein Jahrtausend geknechtet, mit Füßen getreten, nach Bedarf todtgeschlagen haben; wir sollen sie ausgestoßen haben aus unserer nationalen Gemeinschaft; wir sollen sie gezwungen haben, gewisse bürgerliche Erwerbszweige ganz ausschließlich zu ergreifen — und dieser mehr als tausendjährigen Vergangenheit gegenüber, m. H., will man die Forderung aufstellen, daß die Rückwirkungen derselben mit einem Schlage beseitigt würden? Wie lange datirt denn die Emanzipation der Juden in Deutschland? Kaum ein Lebensalter, ja die volle Emanzipation kaum ein Jahrzehnt! Welches Wunder sollte es denn bewirkt haben, daß die Rückwirkung jener früheren Lage nicht in gewissen Kreisen noch heute ein gewisses Leben weiter führt? Derartige Anforderungen gehen schlechterdings gegen die Natur der Sache. Kennen Sie nicht die Lage der Griechen? Wissen Sie nicht, daß nicht etwa die Beherrschter und Unterdrücker, das objektive Beobachter dieser Klasse die nämlichen Mißstände und Aergernisse nachsagen, Wort für Wort, Zug um Zug, wie sie heute gewissen Kreisen unserer jüdischen Mitbürger nachgesagt werden? Solche Dinge verstoßen so flagrant gegen alle Billigkeit, daß ich hier in der That nicht das Mindeste darüber zu sagen brauche. Weil so diese Anforderungen, diese Kritik, diese leidenschaftlichen Angriffe gegen alle Billigkeit und gegen die Natur der Sache verstoßen, darum konnte die Bewegung nicht auf dem Punkte festgehalten werden, den gewisse Männer voraussetzten, — als ob es sich handelte um eine Bewegung gegen Mißstände und Aergernisse —, nein, die Bewegung richtete sich in Folge dessen gegen das Judenthum als solches! Die Statuten der antisemitischen Liga enthalten nichts als die Tendenz, die Juden ohne Unterschied des Verdienstes, der Leistungen, des Charakters von allen gesellschaftlichen und geschäftlichen Beziehungen auszuschließen. Sehen Sie sich die Wahlen an, die Parlaments- und Kommunalwahlen, betrachten Sie, was wir in Breslau und Magdeburg erlebt haben. Hat man innerhalb jener Bewegungen, bei den Personen, die sie gefördert haben, danach gefragt, ob der Betreffende verdienstvoll sei oder nicht, ob er dieser oder jener Partei angehöre, was er bisher geleistet habe, ob er einen ehrenhaften Charakter besitze oder nicht? Nein, die rothen Plakate, wie ich sie selbst vor dem Rathhause gesehen habe, sagten ganz einfach und simpel: „Wählt keinen Juden!“ Im Anfang konnte man vielleicht glauben, daß es sich um eine religiöse Bewegung handle. Ich habe noch gestern eine Rede gelesen, die eine gewisse Sensation innerhalb dieser Bewegung gemacht hat. Sie pointirte dahin, daß die jüdische Religion, wenn orthodox, eine abgestorbene Religion, ein verflüchtigtes Geseß sei; wenn aber die reformirte, nur ein dürftiges Ueberbleibsel der Aufklärungsperiode, in beiden Fällen ein intolerantes und sich überhebendes Glaubensbekenntnis. Wenn Sie mir die Wahl zwischen zwei Uebeln gewähren, dann sage ich offen: die religiöse Betonung der Frage ist mir noch die liebste. Die Religion ist eine Angelegenheit, die man abthun oder annehmen kann, die auf innerer Ueberzeugung beruht, für die ich verantwortlich bin. Diese leichtere Färbung hat die Bewegung nicht innegehalten. Sie ist übergeleitet worden in die Frage der Rasse. Das ist die aufreizendste, tiefgreifendste — ich scheue nicht einen Augenblick zu sagen — die perfideste Wendung. (Sehr gut! links.) Denn die Nation, der ich angehöre, die Rasse, in der ich geboren worden, das ist ein Fatum, das über mich verhängt ist, das kann ich nicht abschütteln! Dafür bin ich nicht verantwortlich! Der Haß, welcher gegen die Rasse erregt wird, richtet sich nicht gegen den Einzelnen, sondern gegen den ganzen Menschen. Er ist gerichtet auf die faktische Untergrabung der Fähigkeit, sich zum allgemeinen Menschenthum und zum nationalen Bürgerthum auszubilden. Jene Wendung ist geradezu ein Schlag ins Gesicht gegen das oberste und vornehmste, gegen das königliche Gebot des Christenthums, welches dasselbe gleichwerthig erklärt mit dem Gebot der Gottesliebe — gegen jenes Gebot, dessen Anwendung auf die vorliegende Frage auch dem schlichtesten Verstande zweifellos ist: „Liebe Deinen Nächsten!“ (Zurufe aus dem Zentrum: Mit Ausnahme der Katholiken!) Im Anfange der Bewegung schien es, als ob dieselbe ihre Bestrebungen festhalten wollte auf dem Boden des Geseßes und der gegebenen Verfassung. Psychologisch und logisch lag aber die Nothwendigkeit vor — die in der Interpellation in Bezug genommene Petition beweist dies — jene Bewegung mit der Forderung zu unterstützen, die verfassungsmäßige und gesetzliche Gleichberechtigung der Juden zu beseitigen. Mit dieser Wendung, welche ich für die letzte Erfüllung, den nothwendigen Ausgangspunkt der Bewegung betrachte, hat die antisemitische Bewegung den Boden der sozialreligiösen Auffassung verlassen. Die antisemitische Bewegung hat damit den politischen, den legislativen Boden betreten; sie fällt von diesem Augenblicke an in die Kompetenz der legislativen Faktoren, der Regierung und dieses Abgeordnetenhauses. Ich komme jetzt auf die Folgen der antisemitischen Bewegung. Ueber die sichtbaren Folgen derselben gehe ich ganz leicht und obenhin hinweg. Da sind zunächst die turbulenten Volksversammlungen (Widerpruch im Zentrum.) Warum unterbrechen Sie mich? Ich weiß so gut wie Sie, daß es immer eine gewisse Masse giebt, die der ermpfindlichen Aufregung der Agitation, des Ständals bedarf, die gestern die sozialdemokratischen Versammlungen besuchte, heute die christlich-sozialen, morgen die antisemitischen Volksversammlungen, und die übermorgen sich dieser oder jener Partei an die Seite haften. Zu jenen sichtbaren Folgen gehört jener Cynismus und jene

Robheit der Presse, die meiner Ueberzeugung nach vollkommen ebendürrig steht derjenigen Haltung der sozialdemokratischen Presse, die zu deren Unterdrückung geführt hat. Ich will auch nur kurz berühren jene Brutalität in öffentlichen Lokalen, in öffentlichen Kommunikationsmitteln (Heiterkeit), welche das Gespräch der ganzen Stadt und des ganzen Landes gebildet haben. Ich kann mich auch berufen, wie mir authentisch berichtet wurde, auf gewisse Massenschändungen jüdischer Gräber in der Provinz. (Zurufe aus dem Zentrum: „Auch katholischer Gräber!“) Ich will nicht die einzelnen Fälle untersuchen, nicht, wo im einzelnen Falle das größere Maß der Brutalität liegt. Alle diese Fälle bilden nur die Signatur dieser Bewegung, sie zeigen, wohin dieselbe in einzelnen leidenschaftlichen Gemüthern führt. Für viel schwieriger und durchgreifender halte ich indessen jene unsichtbaren Folgen, von denen doch jedermann wissen kann, der wissen will. Ich frage Sie m. H., mit welchen Gefühlen, meinen Sie wohl, müssen unsere jüdischen Mitbürger ihre Kinder in die öffentlichen Schulen schicken? Sie sind keinen Augenblick sicher, daß sie dort nicht Injurien und Beleidigungen ausgesetzt sind. Das Gefährlichste sind nicht solche Beleidigungen, die unter die Möglichkeit disciplinärer Verfolgung fallen, sondern jene Zurücksetzung, die unfassbar ist. Vor allen Dingen sehen Sie sich diejenigen unserer jüdischen Mitbürger an, die mit dem vollen Einsatz ihres Geistes, ihres Charakters, ihres Talents gewirkt haben in der Schule, der Gemeinde, dem Parlament, in allen möglichen Lebensstellungen und Lebensweisen; glauben Sie nicht, daß dieselben jetzt unter einem Drucke stehen, der ihnen das Gefühl der Sicherheit entzieht, der ihnen die Treue ihres Schaffens rauben muß? Selbst jüdische Staatsbürger, die den Könige und dem Lande die größten Ehrendienste geleistet haben, sind heute vor einzelnen Insulten nicht ganz sicher. Ich glaube nicht, daß diese unsichtbaren Folgen von irgend Jemandem, dem um eine sachliche Erwägung zu thun ist, unterschätzt werden können. Sie haben eine Kluft aufgerissen, die in jeder Beziehung unheilvoll ist. Eine solche Lag der Dinge ist vollkommen unvereinbar mit der Parteilosigkeit des Einzelnen. Es giebt eine gewisse Zuspitzung der Dinge, in welcher die kühle Zurückhaltung und Parteilosigkeit zur wirksamsten Parteinahme wird. Das haben jene ehrenwerthen Männer empfunden, die am vorigen Sonntag ihre Manifestation gegen die antisemitische Bewegung veröffentlicht haben. Ich behaupte aber, daß in dieser Lage sich in diesem Augenblicke auch die f. Staatsregierung befindet. Deshalb habe ich diese Anfrage gestellt. Ich hätte dieselbe ja auf die Stellung zuspitzen können, welche die f. Regierung einnimmt gegenüber gewissen Kreisen, Ausschreitungen, Leidenschafflichkeiten. Diese Frage habe ich absichtlich nicht gestellt. Ich weiß, daß in Bezug hierauf der Staatsregierung die Wege vorgezeichnet worden sind in den Gesetzen über die Presse und das Vereinswesen, in ihren politischen Befugnissen, in ihrem Recht zur Anklage. Es würde uns, meinen Freunden und mir, schlecht anstehen, wollten wir eine einseitige Handhabung dieser Befugnisse, auch nur dem Scheine nach, empfehlen. Was wir in dieser Beziehung allein verlangen, ist gleiche Sonne und gleiches Recht. Es existiren zweifellos Befugnisse in den betreffenden jüdischen Kreisen, als ob die Regierung nicht überall mit gleichem Rechte verfahren ist. Ich gestehe allerdings offen, daß aus dem Material, welches mir bisher zugegangen ist, sich in dieser Beziehung eine Anklage gegen die Regierung nicht erheben läßt. Ich weiß auch, daß gewisse Empfindlichkeiten in gewissen Kreisen sehr lebhaft sind, und daß man sich beklagt, daß Aufschreien, die allerdings von höchst angesehener Stelle ausgegangen sind, gänzlich unbeantwortet geblieben seien, endlich sogar eine üble Zurückweisung gefunden hätten. Nun, meine Herren, das läßt sich aber nicht vor Gericht stellen, ebensowenig, wie sich ein Ton vor Gericht stellen läßt. Meine Interpellation knüpft an die Thatfache an, daß in agitatorischer Weise durch das ganze Land die Erwartung verbreitet wird, die Regierung könne sich dazu entschließen, die verfassungsmäßige und reichsgesetzlich gewährleistete volle Gleichberechtigung der Juden zu beschränken. Wie leidenschaftlich diese Erwartung ist, dafür ist die Petition ein Beweis. Sie enthält den Satz, daß die Juden von allen obrigkeitlichen Stellen ausgeschlossen, daß ihre Verwendung als Einzelrichter beschränkt würde. Und in dem Begleit Schreiben der Petition wird der Regierung insinuiert, sie könne der Petition Folge geben lediglich auf dem Wege der Verwaltung, ohne jede Zuziehung der gesetzgebenden Faktoren. So wird die Regierung geradezu zum Verfassungsbruch aufgefordert. Ich halte mich aber an die locale Deutung, die jener Petition unterlegt werden muß. Hiernach hegt man die in agitatorischer Weise verbreitete Erwartung, daß die Regierung in verfassungsmäßiger Weise den Grundsatze der Parität aller Konfessionen beschränken oder aufheben werde. Leider findet diese Annahme eine gewisse Unterfützung. Es ist leider eine Thatfache, daß der Reichskanzler auf dem vereinigten Landtage sich als einer der lebhaftesten Verteidiger des Grundsatzes gezeigt hat, daß den jüdischen Mitbürgern die Parität nicht einzuräumen sei, dazu kommt, daß die Petition in einem Blatte gestanden hat, das nicht ohne Beziehung zu einem königlichen Beamten ist. Heute ging mir eine Depesche aus einem westfälischen Orte zu, in der es heißt, der Landrath habe dem dortigen Bürgermeister die Aufforderung zugehen lassen, Unterschriften für jene Petition zu sammeln. Wir stehen einer konservativen Regierung gegenüber, die den konfessionellen Unterschieden eine sehr markante Einwirkung auf ihre Politik einräumt, und welche Mißständen und Aergernissen, die hervortreten, nur zu gern und zu rasch die gesetzliche Ermächtigung zu polizeilichen und diktatorischen Maßregeln entgegenzustellen bereit ist. Die Petition ist für meine Interpellation nur ein äußerer Anlaß. Daß die Petenten ein Recht zu dieser Petition haben, daß die Regierung darauf antworten kann, wie sie will, ist selbstverständlich. Die Verpflichtung, die ich mit der Stellung dieser Interpellation erfüllt, geht daraus hervor, daß ich der Ueberzeugung bin, daß eine runde und volle Erklärung der Regierung, niemals werde sie sich dazu verstehen, die verfassungsmäßigen Grundsätze anzufassen zu lassen, jener garstigen Bewegung die praktische Spitze abbrechen wird. Unseren jüdischen Mitbürgern geben Sie damit die volle Sicherheit, die Treue des Schaffens zurück, auf die sie dieselben Ansprüche haben wie jeder andere Staatsbürger. Der Haß, den man der Bewegung mit einer solchen Erklärung entgegensetzt, wird für die Bestrebungen der Führer im Judenthum, die die volle Assimilation auch des noch nicht voll in uns aufgegangenen Nestes des Judenthums herbeiführen wollen, von der entscheidendsten Wirkung sein. Müßte ich die Erwartung hegen, die Regierung würde eine solche Erklärung nicht abgeben, sie würde ausweichend antworten und sich an irgend welchen formalistischen Kleinram halten, so hätte ich die Interpellation doch gestellt. Denn die Verantwortlichkeit, die die Regierung mit einer solchen Zögerung treffen müßte, würde klar zu Tage liegen einer Bewegung gegenüber, die ich,



in Uebereinstimmung mit den konservativen Staatsmännern des europäischen Kongresses, als den Feind unserer Zivilisation und unserer nationalen Ehre betrachtet. (Lebhafter Beifall links.)

Vizepräsident des Staatsministeriums Graf zu Stolberg: Die Interpellation des Abg. Hänel geht davon aus, daß eine Petition, an den Herrn Reichskanzler gerichtet, vorbereitet werde, welche die wörtlich aufgeführten vier Forderungen an die Staatsregierung stellt. In Veranlassung dessen wird an die Staatsregierung die Frage gerichtet, welche Stellung dieselbe Anforderungen gegenüber einnimmt, die auf Beseitigung der vollen verfassungsmäßigen Gleichberechtigung der jüdischen Staatsbürger zielen? Ich muß zunächst konstatieren, daß eine solche Petition, wie sie hier erwähnt ist, bisher an die Staatsregierung nicht gelangt ist, daß sie auch nicht in der Lage war, den Inhalt derselben amtlich in Erwägung zu ziehen. (Zustimmung rechts.) Gleichwohl nimmt die Staatsregierung nicht Anstand, die Frage dahin zu beantworten, daß die bestehende Gesetzgebung die Gleichberechtigung der religiösen Bekenntnisse in staatsbürgerlicher Beziehung auspricht und daß das Staatsministerium nicht beabsichtigt, eine Aenderung dieses Rechtszustandes eintreten zu lassen. (Beifall rechts.)

Auf den fast einstimmig angenommenen Antrag der Abgg. Klotz und Richter tritt das Haus in eine Besprechung des Gegenstandes der Interpellation ein. Gegen dieselbe melden sich 18 Redner zum Wort (darunter beide Reichensperger, Bachem, Sobrecht, v. Minnigerode, Stöcker, v. Kröcher), für dieselbe 9 (darunter Senffarth, Birchow, Richter).

Abg. Reichensperger (Dlpe): Die Herren scheinen eine andere Erklärung erwartet zu haben, namentlich eine Beantwortung der einzelnen vier Punkte der Petition gewünscht zu haben. (Widerpruch des Abg. Hänel.) Dann hätte man die vier Punkte aus der Interpellation weglassen sollen, wenn man nicht damit nach der Seite des Publikums hin operieren wollte. (Sehr richtig! rechts.) Ich danke dem Herrn Minister für seine Antwort und hätte nur noch gewünscht, daß er hinzugefügt hätte, daß man auch im Verwaltungswege die Gleichberechtigung nicht antasten wolle; denn wir haben das empfindlich genug fühlen müssen. Die Agitation gegen die Juden erregt bei mir nur die Verwunderung über den Muth des Mannes, der es gewagt hat, in ein Wespennest zu schlagen. (Sehr wahr! rechts), dessen Bedenklichkeit ich mit einigen Worten erklären will. Wenn der Abg. Hänel den Berliner Kongreß anführte, so hat er damit seiner Sache einen schlechten Dienst erwiesen. Wenn man den Nummern die Verpöchtung aufstrotzte, ihren jüdischen Landsleuten, die sie durchaus nicht so hoch achten wie der Abg. Hänel (Heiterkeit), die bürgerliche Gleichberechtigung einzuräumen, so ist das ein Beweis von dem ungemeinen internationalen Einflusse einer kleinen Minorität. (Sehr wahr! rechts.) Es besteht im Volke ein allgemeines Gefühl, daß nationale und soziale Interessen in Frage stehen; es besteht das Gefühl, als ob gerade die Juden das Hauptkontingent zu jenem nicht produktiven, spekulativen Theil der Gesellschaft stellten; und ein solches Gefühl besteht nicht bloß bei dem gemeinen Volk, sondern auch bei den Gebildeten. Man hat es gewagt, in der Presse die Aeußerung einer hohen Persönlichkeit anzuführen, über deren Ansichten unsere Loyalität uns verbietet, ein einziges Wort zu sprechen. Selbst in der liberalen Presse findet die Bewegung Anklang. (Widerpruch links.) Ich nenne nur die Schleifische Zeitung und die Grenzboten. (Zuruf: Die sind nicht liberal!) Sie nennen sich wenigstens so. Die jüdischen Mitbürger sollten sich bewußt bleiben, daß sie eben erst emanzipirt sind und bedenken, was sie dem deutschen christlichen Volke schulden. Diese Emanzipation muß erst noch verdient werden; es ist Niemand in den Sinn gekommen, dieselbe als eine Belohnung für bereits geleistetes zu betrachten. Ich muß anerkennen, daß manche antipathische Charakterzüge, welche das Judentum enthält, und die abstoßend wirken, zum Theil eine Folge der bisherigen Unfreiheit sind. Es giebt allerdings auch ganz respektable Elemente und ich muß nur bedauern, daß sie nicht so regsam sind wie die andern. Wir wollen auf dem Boden der Gleichberechtigung stehen bleiben, obgleich gerade die jüdischen Elemente uns dies so schwer wie möglich gemacht haben. Wir haben stets für die Gleichberechtigung des religiösen Bekenntnisses gekämpft. Aber welche Danksagung haben wir auf diesen Schuldbittel im Laufe der letzten zehn Jahre erhalten? Wir haben dafür eingehandelt die heftigsten und leidenschaftlichsten Verfolgungen gerade aus jenen Klassen, in erster Linie von der unter jüdischem Einfluß stehenden Presse. Seit Jahren habe ich schon den Moment vorausgesehen, wo der Tag der Abrechnung kommen mußte. Denn diese Aktion der Presse richtete sich nicht bloß gegen die Katholiken, sondern gegen das christliche Prinzip überhaupt. (Sehr wahr! rechts), als wäre Deutschland schon eine Domäne des Semitentums geworden. Da muß auch die allerdrücklichste Geduld einmal reifen, da geht sie auch dem deutschen Michel einmal zu Ende. Ich will Niemand verletzen; ich bringe dies nur vor in der Hoffnung, daß eine Einkehr und Umkehr bei unseren jüdischen Mitbürgern eintreten möge. Jedenfalls mögen sie sich im Hinblick auf die Vergangenheit nicht allzu sehr empfindsam zeigen, wenn auch ihnen einmal auf die Füße oder gar auf die Hüften Augen getreten wird. Wenn wie bei jener Pferdebahnseife stets auf eine angebliche Verbalinjurie eine Realinjurie folgt, so wird das auf die Dauer nicht gehen; es könnte den Herren recht schlecht bekommen! Wer tritt denn nun hier als Ritter für die Freiheit und das Verfassungsrecht auf? Das ist der Abg. Dr. Hänel an der Spitze seiner fortschrittlichen Freunde, verstärkt durch einige Sezessionsisten! (Heiterkeit.) Wo blieb denn die Interpellation bei dem bekannten Moabiters Skandal? Als Antwort auf denselben erfolgte die Auflösung der kleinen kaiserlichen Niederlassung. Welche Stellung haben denn die Freiheitshelden im Kulturkampf eingenommen? Die drei fundamentalen Verfassungsartikel 15, 16 und 18 haben sie erst revidirt, dann ganz fassirt, um die Waagefeile einzuführen. Noch neulich hat sich Herr Dr. Seelig bei dem Gesetzentwurf über die gemeinschaftlichen Holzungen ziemlich leicht über den Artikel 9 hinweggesetzt, der das Eigenthumsrecht garantiert. Da kann man sich nicht wundern, wenn andere Herren von der Gleichberechtigung der Juden nichts wissen wollen. Gegen einen Lehrer, Dr. Fechner in Breslau, soll die Disziplinaruntersuchung eingeleitet werden, weil er die Petition unterzeichnet hat. Wenn das unter Mülher vorgekommen wäre! (Sehr richtig! rechts.) Die Interpellation hat keine andere Bedeutung, als die Ausübung des Petitionsrechts zu unterdrücken. Die Erklärung der Staatsregierung ist nur deshalb hervorgerufen, damit viele Personen abgedrückt werden sollen, die Petition zu unterschreiben. Was verlangt denn die Nr. 1 der Petition so Verfassungswidriges? Die Fortschrittspartei hat nicht bloß die Einwanderung der ausländischen Jesuiten verboten, sondern dahin gewirkt, daß preussische Staatsbürger geächtet wurden. Man wandte sich aber auch gegen die verwandten Orden, von deren Wirksamkeit kein Mensch eine Ahnung hatte. Ich weiß auch nicht, was man gegen die Nr. 3 einwenden könnte; der konfessionelle, also auch der christliche Charakter der Volksschulen ist durch den Artikel 24 der Verfassung garantiert. Was die Einwanderung der Juden betrifft, so wird namentlich gesagt, daß die Einwanderung aus Rußland aus Leuten bestehe, die gar keine Garantie für produktive Arbeit bieten. Ich schließe mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Interpellation wie die Agitation, über die man sich beschwert, eine gute Folge haben möge: unseren jüdischen Mitbürgern die Nothwendigkeit zu zeigen, sich etwas mehr der Besonnenheit und Mäßigung zu befleißigen und namentlich die Erkenntnis beizubringen, daß es mit dem tatsächlichen Besitze der Freiheit allein nicht gethan ist, daß immer noch eine Rückprobe möglich bleibt, ob die Erwartungen, die man an die Emanzipation geknüpft hat, in Erfüllung gegangen sind. Daß die Erwartungen nicht in einer Generation erfüllt werden können, gebe ich zu; aber ich möchte unseren jüdischen Mitbürgern nach dieser Seite hin doch die Nothwendigkeit des Einsehens ans Herz legen. (Beifall im Centrum und rechts.)

Abg. Senffarth (Rechts): Die Interpellation ist in der

Absicht eingebracht worden, um der Agitation gegen die Juden, die den bürgerlichen Frieden bedroht, einen Riegel vorzuschieben. Wie verwerflich sie da wirkt, wo bisher der konfessionelle Friede ungetrübt war, weiß ich aus meiner Vaterstadt. Als eine ähnliche jüdenfeindliche Agitation in Oesterreich sich breit machte, wurde dort ebenfalls die Regierung interpellirt, und als diese sich entschieden gegen dieselbe erklärte, war es mit der Bewegung zu Ende. Ich hoffe, daß auch bei uns von heute ab der antijüdischen Bewegung die Spitze abgebrochen sein wird. (Lachen rechts.) Am bedauerlichsten ist es mir gewesen, daß man die Frage der Religion in diese Bewegung gezogen hat und vom christlichen Standpunkte aus den Haß glauben zu müssen. Ist die Agitation nicht gerade von der Partei ausgegangen, die das Christenthum auf ihre Fahne schrieb, von der christlich-sozialen Arbeiterpartei? Ich halte es für meine Pflicht zu erklären, daß die Agitation gegen die Juden mit der christlichen Religion nichts zu thun hat. Jeder Jude achtet uns als Christen. (Heiterkeit rechts.) Der erste Grundsatz unserer Religion ist doch das Gebot: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.“ Und das herrliche Gleichniß vom barmherzigen Samariter erläutert dieses Gebot in einer Weise, die jeden konfessionellen Haß verurtheilt. Was sagt denn der Apostel Paulus? „Hat denn Gott sein Volk verstoßen? Das sei ferne, er hat es nicht verstoßen.“ Warum sollen wir es also verstoßen? Auch die behaupteten Unterschiede der Rasse und des nationalen Bewußtseins bestehen nicht. Im letzten großen Kriege haben sich unsere jüdischen Mitbürger so sehr als Deutsche bewiesen, daß sie keinem andern Patrioten nachstanden. Als Mitglied eines Komites zur Pflege verwundeter Krieger habe ich die Opferwilligkeit der Juden bewundern lernen; sie sind in Deutschland gute Patrioten. Als Geistlicher habe ich oft Gelegenheit die Wohlthätigkeit meiner Mitbürger für Arme und Kranke in Anspruch zu nehmen, und dabei grade bei Juden stets eine offene Hand gefunden. Ich erinnere Sie daran, daß Friedrich der Große es für eine Pflicht des Fürsten erklärte, die Geilichkeit aller Konfessionen zur Duldung und Sanftmuth anzuhalten, um den konfessionellen Frieden zu wahren. Wenn wir das Christenthum im wahren Sinne ausüben, dann werden wir nicht nur die Judenfrage, sondern jede soziale Frage lösen. (Beifall links.)

Abg. v. Seydebrand und der Lasa: Auf keiner Seite des Hauses wird man sich wohl den Bedenken verschließen, die es hat, eine Angelegenheit, die in den weitesten Kreisen die Gemüther heftig erregt und die innersten Gefühle des Volkes affigirt, vor das Forum der Landesvertretung und damit vor das Forum des ganzen Landes zu ziehen. Nachdem die Herren vom Fortschritt diese Interpellation an das Haus gebracht haben, halten es meine politischen Freunde und ich nicht nur für Recht, sondern für Pflicht, dieser Frage zwar mit aller Ruhe und Objektivität, aber auch mit aller Bestimmtheit und Offenheit gegenüberzutreten. Es wird mir fern liegen, durch meine Ausführungen und Ausdrücke auch nur irgend einen unserer jüdischen Mitbürger verletzen oder reizen zu wollen; habe ich doch diejenigen Juden, mit denen in Verkehr zu kommen ich Gelegenheit hatte, als achtungswerthe und gute Staatsbürger kennen gelernt. Aber gerade dieser Umstand veranlaßt mich zu dem Hinweis darauf, daß die Presse, welche in so großer Zahl unter dem Einfluß unserer jüdischen Mitbürger steht, welche mit solcher Energie die Rechte und die Bestrebungen der Juden vertritt, welche konform mit der Einleitung in dieser Interpellation von bedauerlichen Ausschreitungen spricht, auch endlich einmal die Frage erörtern möge, ob nicht ein Theil unseres deutschen Judenthums selbst die Schuld trägt an dem Unfrieden des Augenblicks. (Sehr richtig! rechts.) Ganz ungewöhnlich ist es doch, daß man die Staatsregierung veranlaßt, Stellung zu nehmen zu einer Frage, die noch in keiner Weise an sie herangetreten ist, der gegenüber sie noch in keiner Weise zu Maßnahmen veranlaßt ist; daß man eine Petition zum Gegenstande dieser Interpellation macht, welche gar nicht an die Adresse des Hauses, sondern an eine ganz andere gerichtet ist, an die sie noch gar nicht abgegangen ist, da sie überhaupt erst in der Vorbereitung begriffen ist. Und wunderbar erschien es mir, daß gerade die Herren die Interpellation unterzeichnet haben und indirekt die autoritative Stellung der Regierung um Schutz und Hilfe anrufen, die eben dieser Regierung bei jeder Gelegenheit die größten Schwierigkeiten bereiten, aus deren Reihen noch vor wenigen Tagen gegen die Mitglieder dieser Regierung Angriffe gerichtet wurden, die die tiefste Indignation und den tiefsten Unwillen im ganzen Lande erregt haben. (Sehr wahr! rechts. Unruhe links. Abg. Richter: Aber bloß bei den Landräthen!) Ich habe den Abg. Richter nicht verstanden und schlage ihm den Kompromiß vor: entweder soll er mich so laut unterbrechen, daß ich ihn verstehen kann, oder sich seine Bemerkungen bis zum Schluß der Diskussion aufsparen und mich dann gründlich festnageln. Ich werde ihm in jeder Beziehung zur Disposition stehen. (Heiterkeit.) Befommt man nicht aus der Presse, welche diese Interpellation so befeuert, beginnend um: noch bevor das Staatsministerium zu einer Sitzung zusammengetreten war, die Noth gebracht hat, daß es eine sehr entgegenkommende und freundliche Haltung einnehmen und diese Regungen auf das Stärkste verdammen werde, — befommt man da nicht unwillkürlich den Eindruck, als habe man es hier darauf abgesehen, einen Druck auf die Entscheidung der Staatsregierung auszuüben? Könnte man sich nicht sagen, daß die Staatsregierung sich einfach auf den Boden der bestehenden Gesetzgebung stellen und danach antworten werde, wie diese Antwort in so prägnanter Form auch abgegeben worden ist. Man versucht es sogar, in der Presse die Verantwortlichkeit für diese Regung der konservativen Partei zuzuschreiben, man kehrt in der Presse sogar die Spitze gegen sie. Ein Artikel der „Wiener Zeitung“, überschrieben: „Konservative Ausschreitungen“, schildert den bekannten Vorfall in Berlin; ich unterlasse es, die einzelnen Sätze mitzutheilen, weil ich mich mit Unwillen davon abwende. Nur den mit ganz besonderem Aplomb geschriebenen Schlußsatz will ich mittheilen: „Dieser Rantowicz nahm die Sache krumm, verabschiedete dem einen der Helben eine Ohrfeige, womit diese Judenfrage zu allseitiger Befriedigung erledigt war.“ (Heiterkeit.) Man muß zu jeder Zeit, an jedem Ort und bei jeder Gelegenheit gegen die Ausschüß der konservativen Strömung protestiren.“ (Lachen rechts.) Das schreibt das Blatt in demselben Moment, wo alle übrigen Blätter des gleichen Kalibers in der höchsten sittlichen Entrüstung die Hilfe und den Schutz der Staatsregierung anrufen, angeblichen Ausschreitungen gegenüber, die sich gegen das Judentum richten. Auf welcher Seite liegen hier die Ausschreitungen? Zweifellos auf Seiten der unter jüdischem Einfluß stehenden Presse. (Beifall rechts.) Ich habe dem nichts weiter hinzuzufügen. Ich habe gelesen, daß man die Unterzeichner der Petition mit den größten Schmähungen trifft, aber zu meinem großen Erstaunen eben erst von Herrn Reichensperger gehört, daß man sogar so weit geht, die Disziplinaruntersuchung gegen die Unterzeichner einer gegen das Judentum gerichteten Petition zu beantragen. Da frage ich ruhig und objektiv: hat nicht die „Nationalzeitung“ wirklich recht, wenn ihr gelegentlich der Satz entschlüpft: „es scheint wirklich, als ob es in Deutschland bald nöthig werden soll im Gegensatz zu früheren Bestrebungen für Emanzipation der Christen zu agitiren.“ (Sehr richtig! rechts. Heiterkeit.) Nein, meine Herren, täuschen wir uns nicht: eine tiefe Mißstimmung gegen einen Theil unserer jüdischen Mitbürger hat die weitesten Kreise unseres Volkes erfüllt, und wenn irgendwo, so ist hier die Frage am Platze: welches sind die Gründe dieser Mißstimmung und welches sind die Mittel, um zu einem friedlichen Verhältnis zu gelangen, das wir Alle nur wünschen können? Ich frage Sie: beschränkt sich denn diese Regung hier auf Berlin? Sehen Sie nicht in Preußen und in Deutschland überall dieselbe Regung? Und auch im Ausland, — ich schweige von Rumänien und Rußland, — aber ich verweise auf Oesterreich, wo sich ganz dieselbe Regung zeigt. Wenn der Vorredner glaubt, daß mit der Beantwortung der Regierung die Regung abgeschnitten ist, so sieht er die Sache doch von einem nicht ganz richtigen Standpunkte an, und wir machen in Frankreich dieselbe Wahrnehmung zunächst nur deshalb nicht, weil in ganz Frankreich nicht so viel Juden vorhanden sind,

wie allein in der Stadt Berlin. (Hört! hört!) Und gerade Paris ist der Sitz jener internationalen alliance israelite, von der Cremieux selbst sagte: die alliance wird eine wahrhafte Macht, sie ist eine zahlreiche und mächtige Verbindung, sie erstreckt sich über alle Punkte des Erbkreises — Kinder Israels, wir machen Riesenschritte! (Hört! Heiterkeit.) Ja, meine Herren, das ist vollkommen richtig.

Die Emanzipation des Judenthums hat sich in allen Kulturländern vollzogen und ist zum vollständigen Abschluß gelangt. Speziell in unserm deutschen Vaterlande befinden wir uns momentan in dem Stadium, wo die vollzogene Emanzipation in die äußere Ercheinung zu treten beginnt. Die konservative Partei hat, so lange es sich die lege ferenda handelte, offen und rückhaltlos ihre Bedenken ausgesprochen und damals offen die Frage zur Erwägung gegeben, ob sich die deutsche Nation so leicht darin werde finden können, daß man obrigkeitliche und richterliche Aemter in die Hände von Männern jüdischer Religion legt. Nachdem aber die Emanzipation vollzogen ist, hat sich die konservative Partei auf den Boden des gegebenen Rechtes gestellt und achtet die verfassungsmäßigen Rechte unserer jüdischen Mitbürger ganz ebenso wie die jedes anderen Staatsbürgers. Nun aber scheint es mir erprießlich, ja sogar erforderlich zu sein, daß gerade in diesem Uebergangsstadium unsere jüdischen Mitbürger die neu errungenen Rechte mit etwas mehr Takt und Mäßigung gebrauchen als dies häufig der Fall ist, um nicht die weitere Durchführung des Emanzipations mit ihren Wirklungen auf die weiteren Kreise der Bevölkerung ohne Noth zu erschweren. Ja, m. H., haben denn unsere jüdischen Mitbürger diese Mäßigung stets an den Tag gelegt? Versuchen sie nicht durch stürmische Eindringen in alle denkbaren Gebiete der Staatsorganismen mehr Rechte für sich zu beanspruchen, als ihnen vielleicht zukommen? Ich möchte zunächst die Frage aufwerfen, woher kommt es denn, daß unsere jüdischen Staatsbürger, denen alle Rechte der Verfassung eingeräumt sind, die nur ein Staatsangehöriger erlangen kann, damit nicht zufrieden zu sein scheinen, woher kommt es denn, daß ihre Vertreter sowohl hier wie im Reichstag sich fast ausschließlich in den Reihen der Opposition befinden, in den Reihen der Opposition einer Regierung gegenüber, deren Schutz und Hilfe sie sich doch stets so gern gefallen lassen? Meine Herren, ganz andere bedauerliche Wahrnehmungen habe ich gemacht, und die bestehen darin, daß ein Theil unseres deutschen Judenthums und namentlich ein großer Theil der unter jüdischen Einfluß stehenden Presse nicht mit derjenigen Achtung unserer christlichen Institutionen gegenübersteht, die wir von ihnen zu fordern berechtigt sind. (Beifall rechts.) Ja, meine Herren, ich könnte Ihnen ein zahlreiches Material aufweisen, wenn es eines Beweises noch bedürfte, daß man sogar dazu übergegangen ist, Angriffe gegen das Christenthum zu richten. Ja, meine Herren, gegen solche Regungen richtet sich eine Bewegung, die Sie jetzt hier durch das Parlament eindämmen wollen. Wir hoffen, daß es dem gesunden Sinn des einsichtsvolleren Theils unserer jüdischen Mitbürger gelingen werde, diese Beschwerden, die hervorgehen aus der großen Masse des christlichen Volks, durch etwas taktvolleres Verhalten in dem Gebrauch ihrer Rechte die Spitze abzubringen. Wir können uns allerdings der Befürchtung nicht entschlagen, daß sonst die Bewegung einen Umfang nehmen könnte, dessen Ende wir absolut zu übersehen außer Stande sind, wofür aber die Verantwortung die konservative Partei im Voraus auf das Bestimmteste ablehnen muß. (Beifall rechts.) Die Gegensätze lassen sich mildern, wir können wieder zu einem friedlichen Zustand mit unsern jüdischen Mitbürgern gelangen, wenn dieselben mit mehr Pietät dem Glauben, den Sitten, den Gefühlen des deutschen Volkes gegenüberstehen, wenn sie mit etwas mehr Respekt den christlichen Institutionen des Staates begegnen wollten. Wenn dieser in der entgegenkommenden und friedliebendsten Weise an unsere jüdischen Mitbürger gerichtete Appell auch diesmal wieder ungehört und unbeachtet in der Luft verhallen sollte, dann allerdings wird keine Macht der Interpellation, keine Macht der Presse, kein anderes Machtmittel im Stande sein, eine Bewegung einzudämmen und zu unterdrücken, die nach ihrem innersten Ueberzeugung den Grundsatz vertheidigt und hochhält, daß wir ein christliches Volk sind und bleiben wollen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Birchow: Man sucht nach besonderen Gründen, welche uns veranlaßt hätten, unsere Interpellation einzubringen. Wenn man sieht, mit welcher Jaghaftigkeit wir überhaupt das Interpellationsrecht handhaben, und hiermit die Praxis in andern konstitutionellen Ländern vergleicht, so wird man angefaßt von der vorliegenden Thatfache, daß doch kaum über unser Vorgehen wundern können. Der Zweck derselben ist einfach der, das Publikum zu avertiren, daß die hier gefestigten Bestrebungen weder bei der Regierung noch im Hause auf irgend einer Seite auf Unterstützung rechnen können. Dieser Zweck ist, wie wir es erwartet haben, erreicht. Die Antwort der Regierung war vollkommen korrekt und wird nicht verfehlen, im Lande ihre Wirkung zu thun. Freilich hätte ich gewünscht, daß sie etwas wärmer gewesen wäre. Der Herr Minister war kühl bis an sein Herz hinein. Herr v. Tissa ist in der Beantwortung einer ähnlichen Interpellation viel weiter gegangen; er hat erklärt, daß in dem Augenblicke, wo die Regierung zu einem gegenseitigen Aufheben der verschiedenen Konfessionen und zu einer Störung des religiösen Friedens führen sollte, die Regierung ihrer Pflicht bewußt sein werde, den Schuldbittel der Wucht des Strafgesetzes zu treffen. Diese Bereitwilligkeit scheint bei unserer Regierung nicht in gleichem Maße obzuwalten. Der Vorstand der hiesigen jüdischen Gemeinde hatte bereits unterm 17. Oktober v. J. an den Minister des Innern eine Eingabe gerichtet, in welchem er im Namen der jüdischen Bevölkerung um Schutz gegen die ausreisenden Verdächtigungen des Herrn Stöcker bat. Diese Eingabe blieb ohne Antwort, ebenso eine zweite vom 20. April und eine dritte vom 31. Mai d. J. Endlich begab sich der Vorsitzende des Vorstandes persönlich in das Ministerium, wo er nicht den Minister, aber einen hochstehenden Beamten antraf, welcher ihm auf seine Beschwerde bemerkte, daß der Minister nicht Jedermann antworten könne. Gleichwohl hatte der Herr Stöcker das Resultat, daß am 19. Juni eine Antwort des Ministeriums erfolgte, in welcher zunächst die Legitimation des Vorstandes der jüdischen Gemeinde, im Namen der gesamten jüdischen Bevölkerung zu sprechen, bemängelt und sodann des Weiteren ausgeführt wurde, daß die Regierung, auch wenn die wünschenswerthe Grenze in der Agitation nicht eingehalten werde, nur so weit einschreiten könne, als Gesetzesverletzungen vorlägen, und solche seien bisher nicht festgestellt worden. (Rechts: Sehr richtig!) Vielleicht wäre es möglich gewesen, wenn diese Antwort ein Jahr früher erfolgt wäre, das Vorkommen solcher Gesetzesverletzungen zu konstatiren. Jedenfalls klang die Antwort nicht sehr ermutigend, und gewährt der öffentlichen Diskussion konfessioneller Fragen eine Latitide, welche zu der Forderung berechtigt, daß man auch auf christlicher Seite nicht allzu empfindlich gegen Angriffe jüdischer Mitbürger sein möge. Ueberhaupt hat mich die Ansicht, daß man den Juden ihre gegenwärtigen Rechte nur eingeräumt hat in der Erwartung, daß sie einen mächtigen und bescheidenen Gebrauch von denselben machen würden. Wenn man jemandem ein Recht giebt, so pflegt man dies doch in der Absicht zu thun, daß er sich desselben in ausgiebiger Weise bediene. Könnten Sie uns nicht weisen, daß die Juden ihre Rechte zum Schaden des öffentlichen Interesses gemißbraucht haben, so würden wir ja gern bereit sein, Hand zu bieten, um solche Ausschreitungen zu verhindern, wir würden aber deshalb noch nicht daran denken, diese Rechte zu kürzen, eine Eventualität, die zu meinem Bedauern selbst der Abg. Reichensperger als möglich in Aussicht genommen hat. Derselbe Abgeordnete hat uns diese Ansicht zu rechtfertigen, die Kulturkampfrage mit in die Debatte gezogen. Ich bin, wie Herr Reichensperger weiß, jederzeit bereit in eine Erörterung über diese Frage einzutreten, nur gehört diese ganz und gar nicht hierher, und ich bitte Sie recht sehr, die vorliegende Angelegenheit nicht durch eine andere zu komplizieren. Die Agitation gegen die Juden flüßt sich vornehmlich darauf, daß es nothwendig



die eingeborenen Deutschen gegen die übermäßige Einwanderung der Juden zu schützen. Der hervorragende Statistiker Dr. Neumann hat nun in einer Broschüre nachgewiesen, daß die Behauptung einer übermäßigen Judenthümlichkeit jeder Begründung entbehre, daß die Auswanderung sogar stärker sei als die Einwanderung, und daß nur in der Stadt Berlin das jüdische Element progressiv zunehme in Folge einer Einwanderung — nicht aus dem Auslande, sondern aus den preussischen Provinzen. (Abg. Reichensperger: Die Zahlen der Broschüre reichen nur bis zum Jahre 1871.) Allerdings erstreckt sich der Beweis nur bis zum Jahre 1871, weil nur bis dahin das statistische Material vorlag, wenn Sie aber behaupten, daß die Sache sich seit 1871 geändert habe, so sind Sie es, die den Beweis für diese Behauptung führen müssen. Das können Sie nicht und Sie erheben sich also über einen Gegenstand, der gar nicht existirt. Wenn man Ihnen nachweist, daß in der Religion der Juden durchaus nichts Aggressives oder Gemeingefährliches zu finden sei, so antworten Sie: wir bekämpfen nicht die jüdische Religion, sondern die Rasse. Aber vergessen Sie denn, daß getaupte Juden hervorragende Führer der konservativen Partei gewesen sind? Ich erinnere nur an Stahl und Leo, um nicht näherliegende Beispiele zu wählen. Hat sich denn Ihr Rassenhaß gegen diese gern aufgenommenen Parteigenossen nicht geltend gemacht? (Heiterkeit.) Giebt es nicht sehr vornehme Familien, die mit Juden verchwägert sind? (Heiterkeit.) Nichtet sich Ihr Rassenhaß vielleicht auch nur gegen das männliche Geschlecht? (Große Heiterkeit.) Die Rasse scheint also doch nicht das Abscheuliche zu sein und es bleibt nur die Religion, welche Sie verfolgen. Da wird man denn doch sehr stutzig, um so mehr, als es schließlich die niedrigen Lebensverhältnisse sind, die entscheidend werden. Vor Allem der Neid! Der Umstand, daß die Juden es sind, die das Geld haben und die es zusammen sammeln wissen, regt die Massen gegen sie auf. (Auf rechts: Es kommt darauf an, wie sie es verdienen!) Nicht bloß gegen den ungeliebten Erwerb richten sich die Angriffe. Vor mir liegt eine Broschüre, in welcher darüber geklagt wird, daß der Prozentsatz der jüdischen Kinder in unsern Schulen wachse, und daß es deshalb einen Kampf ums Dasein gelte, den die germanische Rasse gegen die jüdische zu führen habe. Wollen Sie denn der jüdischen Bevölkerung einen Vorwurf daraus machen, daß sie ihren Kindern eine gute Erziehung geben läßt und sie dadurch befähigt, diejenigen, die nichts gelernt haben, zu überflügeln? Herr v. Heydenbrand erklärte, diejenigen Juden, die er persönlich kennen gelernt habe, seien sehr achtungswerthe Männer gewesen, nur im Allgemeinen lauge die jüdische Bevölkerung wenig. Es liegt mir sehr fern, zu behaupten, daß alle Juden angenehme Leute sind, ebenso wenig will ich für alle ihre Eigenschaften eintreten oder alle Juden, welche in der Presse thätig sind, für vortreffliche Leute halten. Diese Mängel und Auswüchse werden aber von den Juden selbst anerkannt und bekämpft; ich verweise Sie in dieser Beziehung auf eine Broschüre des Dr. Breslau, die bereits in zweiter Auflage erschienen ist. Die jüdische Rasse ist sehr wohl veranlagt; es kommt nur darauf an, diese Anlagen richtig zu entwickeln und das kann nur durch einen guten Schulunterricht geschehen. Das ist sehr wohl möglich, auch in Ländern, wo das jüdische Element stark entwickelt ist, den religiösen Frieden zu erhalten, beweist das Beispiel Hollands. Die konservative Partei kann nicht leugnen, daß von ihr der Anstoß zu der jetzigen Bewegung ausgegangen ist, wenn auch die „Germania“ ihr Theil mit dazu beigetragen hat. Auch der Republikenfonds ist nicht ganz untheilhaftig dabei gewesen, denn die Agitation begann in der Zeit, wo hervorragende Juden im Parlamente antraten, nach oben hin unbequem zu werden. Es tauchten damals eine Menge Broschüren und Blätter auf, die den Kampf gegen das Judenthum predigten. Welche Verwirrung selbst bei unterrichteten Männern diese beeinflusste Presse anrichten vermag, beweist die Thatsache, daß Herr Reichensperger die „Grenzboten“ und die „Schleifische Zeitung“, welche sich zu den allerschlimmsten Angriffen in dieser Hinsicht vertheiligt hat, als Organe der liberalen Presse (!) angesprochen hat. Es wäre im öffentlichen Interesse in der That sehr wünschenswerth, wenn gewisse Kreise sich der Einschüpfung in die Presse mehr enthalten und die subventionirten Blätter durch Entziehung der Mittel unterdrückten. Ich schließe mit der Hoffnung, daß die heutige Debatte dazu beitragen möge, die öffentliche Meinung über die vorliegende Frage zu klären und die vorhandenen Gegensätze auszugleichen. (Beifall.)

Abg. Gobrecht: Die Interpellation des Abg. Hänel war gerechtfertigt, wenn auch nicht durch die folportirte Petition, so doch durch den Wunsch und die Hoffnung, daß in einer nun seit Jahren andauernden Bewegung, die unser öffentliches Leben stört, verwirrt und beunruhigt, eine offene, zweifelsfreie Erklärung der Regierung wohl im Stande sein werde, einen Stillstand und eine Beruhigung herbeizuführen. Es handelt sich nach meiner festen Ueberzeugung nicht um einen konfessionellen Haber, sondern um einen Rassengegensatz. Die konfessionellen Gegensätze spielen in so fern hinein, als leider konfessioneller Eifer es nicht verschmäht, diesen Rassengegensatz als Bundesgenossen anzurufen und anzuschleichen. Der Landtag ist nicht berufen und im Stande, die wissenschaftlichen und ethischen Probleme, die sich an diese Frage knüpfen, gründlich zu erörtern oder etwa gar über die einzelnen Konfliktfälle zu Gericht zu sitzen. Unsere Aufgabe kann nur sein, dahin zu wirken, daß in der öffentlichen Thätigkeit unserer bürgerlichen und staatsbürgerlichen Organe jeder Versuch streng fern gehalten werde, sie in den Dienst irgend einer parteiischen Tendenz zu stellen. Darin liegt auch die Gefahr dieser ganzen Agitation, daß sie Leidenschaften wachgerufen hat, die sich nicht kontrolliren lassen. Wenn wir einem der besten Züge unseres Nationalcharakters folgend nicht nach einem Stinbenbock suchen, sondern das Auge auch in unser Inneres wenden, so wissen wir sehr bald genau, wo es fehlt. Ich stimme dem Vorredner darin bei; den leidenschaftlichen Anlagen gegen die Juden liegt ein gut Theil des häßlichen Heides zu Grunde. (Zustimmung links.) Es liegt ihnen zu Grunde ein beklagenswerther Mangel an ruhigem festen Selbstvertrauen und an Energie. Wir haben in einer der folportirten Petitionen die Aeußerung gelesen: „Wo in gleicher Zahl Juden und Christen zusammen sind, da sind die Juden die Herren, die Christen die Knechte.“ Meine Herren, das ist nicht wahr. Wenn es wahr wäre, dann hätten die Juden recht, dann wären wir durch unsere Schuld die Knechte. Wenn unsere jüdischen Mitbürger sich selbst prüfen, so werden sie auch in sich den Feind erkennen, den sie zu bekämpfen haben, und mancher hat das offen ausgesprochen. In einer gleichberechtigten Gesellschaft ist untraglich dieses maßlose fürchterliche Geschrei, wenn Einem von ihnen — um den Ausdruck des Abg. Reichensperger zu brauchen — auf die Hüften getreten wird; wenn gar Jemand in einer abhängigen Stellung, dessen Amt ihn zu besonderer Discretion verpflichtet, sich gegen einen Juden eine Taktlosigkeit oder Ungezogenheit zu Schulden kommen läßt, was ja übel genug ist, dann hören sofort alle Rücksichten auf, dann sollen alle Behörden Zeugnis ablegen von der Tiefe ihrer Entrüstung, dann soll der Spruch, der das deutsche Katholizismus ziert: „Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, man soll sie billig hören lassen“ — vergessen sein. Das sind Defekte auf beiden Seiten, die beseitigt werden müssen. Aber ein Parlament kann dagegen keine Hilfe gewähren, sondern nur die Gesellschaft. Wenn wir uns also das viele Gute und Schöne in Gedächtnis rufen, was gerade in Preußen dadurch erworben ist, daß Deutsche und Juden sich die Hand gereicht haben, daß sie in Forschung und praktischer Thätigkeit mit einander gewetteifert haben, dann werden wir die Geduld und Besonnenheit finden, ohne die diese Krankheitsercheinung nicht zu überwinden ist. Die Regierung hat eine zweifelhafte Erklärung abgegeben, auf die Konsequenzen dieser Erklärung auf allen Gebieten der Verwaltung ziehen und zur Geltung bringen werde. Wir sind überzeugt, daß sie in allen Fällen lebhaft ruhige und leidenschaftslose Gerechtigkeit walten lassen. Das Uebrige muß der gesunde Verstand und das gesunde Herz unseres Volkes besorgen. (Beifall.)

Abg. Träger: Es ist merkwürdig, daß wir heute in dem großen und mächtigen Preußen die Judenfrage debattiren müssen und zwar in einer Weise, wie es heute geschieht. Erinnern wir uns denn dabei nicht, daß das darniederliegende und gedemüthigte Preußen dieser Frage in einer ganz anderen Weise näher trat? Damals wurde den Juden schon das Staatsbürgerrecht zugewiesen. Die preussische Regierung wendete sich in den Jahren 1828—1830 an die Stände, jedoch fielen die Aeußerungen derselben so ungünstig aus, daß die Emanzipationsbestrebungen fallen gelassen wurden. Im Jahre 1845 erklärten sich sodann freiwillig von den 8 preussischen Provinzialständen 5 für die Erweiterung der Rechte der Juden und sogar 2 für die volle Gleichberechtigung, und deshalb legte die Regierung im Jahre 1847 den bekannten Gesetzentwurf vor. In der Herrenkurie vereinigten sich die drei ersten Redner, die Grafen Dohn, Dork und Fürst Lynar zu dem Antrag, dem vorgelegten Gesetzentwurf die Genehmigung zu verweigern und einen neuen Entwurf vom König zu verlangen, wonach volle Gleichberechtigung den Juden zu Theil werden sollte. In der Kurie der drei Stände war das Schicksal des Gesetzentwurfs dasselbe, überall kam der Tendenz der vollen Gleichberechtigung der Juden die größte Sympathie entgegen. Ja, ein Hauptvorkämpfer für alle Gleichberechtigung war nicht das Mitglied einer extremen Partei, sondern es war der Fürst Reuß. Auch die Vertreter der Ritterschaft, mit Ausnahme der Herren v. Manteuffel und v. Bismarck-Schönhausen, hatten alle die gleiche Gesinnung. Allerdings hat sich der Herr v. Bismarck-Schönhausen, seitdem er Reichstagsler geworden ist, vollständig bekehrt. Meine Herren, das waren Ihre Vorfahren, die auf einer ganz anderen Seite gestanden haben. Sie vernahmen sich gegen den Vorwurf des Rückschritts, Sie wollen konservativ sein, d. h. das Bestehende und Erprobte gegen den Ansturm zweifelhafter Neuerungen verteidigen. Wo hier das Erprobte liegt, ist nicht schwer zu entscheiden. Mit dem Christenthum haben diese Bestrebungen nichts zu thun. Dagegen sind es sozialistische Bestrebungen und zwar nicht erbliche, sondern unererbte. Man weckt den Neid der wenig Besitzenden gegen die mehr Besitzenden, der Unbeholfeneren gegen die Geschickteren. Man hat damals den Juden die Freiheiten gegeben, ohne den Gedanken eines Vorbehalts, wie ihn der Abg. Reichensperger ausgedrückt hat. Damals schon wies man auf die Juden hin, die in den Freiheitskriegen mitgekämpft hätten; liegt uns eine derartige Hinweisung nicht viel näher? Hat man das Eisene Kreuz und die Ehrenzeichen des letzten großen Krieges etwa mit besonderen Abzeichen für Christ und für Juden versehen? Ist es nicht das höchste Ehrenrecht, für sein Vaterland bluten und sterben zu dürfen und sind nicht alle anderen Rechte ihm gegenüber verschwindend klein. Aber nicht bloß mit dem Schwerte, sondern auch mit dem Beutel in der Hand haben die Juden stets thatkräftige Hilfe geleistet und sogar auch jener Wohlthätigkeit, welche ich die spezifisch christliche nennen möchte, die sich eigentlich in Gegenfatz zu der allgemeinen Wohlthätigkeit stellt. Bereits im vereinigten Landtag äußerte Camphausen, daß die Existenz des preussischen Staates an die politische Gleichberechtigung der verschiedenen Konfessionen geknüpft sei. Schon das allgemeine Landrecht, das bis heute unübertroffene Muster eines Gesetzbuches, verlangt nur, daß jede Kirchengemeinschaft ihren Mitgliedern Ehrfurcht gegen die Gottheit, Gehorsam gegen die Gesetze, Treue gegen den Staat und sittlich gute Gesinnung gegen ihre Mitbürger einflöße. Es ist traurig, daß wir heute 23 Jahre nach der Begründung unseres Konstitutionalismus diese Debatte haben, in der nichts vorgebracht und anerkannt oder widerlegt worden ist. Damals belebte aber das Volk und seine Vertreter noch ein gewisser Idealismus und man war noch nicht so weit gekommen, freibetliche und humane Bestrebungen mit der Bezeichnung Doktrinarismus zu belegen.

Abg. Windthorst erklärt zunächst, daß er nur seine persönliche Ansicht ausdrücke. Die Interpellation war durchaus nicht motivirt; sie wird das Gegentheil von dem bewirken, was beabsichtigt war, und das bedauere ich im allerhöchsten Maße. Die Herren haben sich hinreichend lassen durch die Hitze des Momentes. Die Interpellation ist von der Regierung zutreffend und erschöpfend beantwortet worden. (Abg. Hänel: Also!) Der Abg. Birchow findet die Antwort kühl; uns würde eine solche Antwort in ähnlichen Fällen nicht zu kühl gewesen sein. (Sehr gut! im Centrum.) Uns ist eine solche Antwort niemals zu Theil geworden. Das ist auch ein Zeichen der Zeit, daß man uns kühl, andere weniger kühl behandelt. (Sehr richtig! im Centrum.) Wollte Herr Träger mit seinen Worten etwa seinen Fraktionsgenossen ins Gedächtnis zurückrufen, wie sie von alledem das Gegentheil gethan, was er ausgeführt. (Sehr gut! im Centrum. Heiterkeit.) Die schwierige Frage der sozialen Stellung unserer jüdischen Mitbürger im christlichen Staate sollte erst wissenschaftlich behandelt, aber nicht in das Tagesleben und die Massen hineingeworfen werden. (Hört!) Der ganze Inhalt meines Gedankenganges ist kurz: Keine Judenhebe, aber auch keine Christenhebe, vor Allem keine Katholikenhebe! Politische und religiöse Duldung sind wir allen unseren Mitbürgern schuldig, namentlich aber auch den jüdischen, weil sie in der Minorität sind. Aber diese Duldung soll nicht einseitig, sondern gegenseitig sein. Die Frage ist in der Presse nicht immer in der richtigen Weise behandelt, unsere jüdischen Mitbürger sind oft verletzt worden. Das muß ich entschieden mißbilligen. Jedenfalls gehört die Angelegenheit nicht in Volksversammlungen, so lange nicht bestimmte Resultate auf wissenschaftlichem Gebiete erzielt sind. Aber alle diese Erörterungen wären nicht eingetreten, wenn nicht ein Theil unserer jüdischen Mitbürger selbst Veranlassung dazu gegeben hätte. Leider werden oft die Handlungen einzelner Juden sofort verallgemeinert und generell hingestellt. Es ist richtig, daß ein Theil der Juden eine Weise eingeschlagen haben, die für die Gesellschaft höchst bedenklich ist; die ruhig Denkenden unter den Juden sollten ihre Genossen auf den rechten Weg bringen. Namentlich hat in den kirchenpolitischen Kämpfen die übermäßige Mehrzahl der jüdischen Literaten eine falsche Stellung eingenommen. So wenig mich auch die Interpellation und ihre Besprechung gefreut hat, so ist sie doch die beste Gelegenheit, zu zeigen, wie inkonsequent die Kulturkämpfer sind. Ich billige die Erklärung von Notabeln, die neulich in den Zeitungen gestanden hat, vollkommen, aber es muß immer heißen „den jüdischen und katholischen Mitbürgern“. (Zustimmung im Centrum.) Es war mir auch eine gewisse Genugthuung, den Namen des Herrn Gneist unter denselben zu finden; er wird nun hoffentlich als Jurist die Konsequenz daraus ziehen und seine Vergehen von der Noabiter Affaire ab wieder gründlich gut machen. Seien wir tolerant nach allen Seiten hin, dann wird uns auch gelingen, die Bewegung aus den Gemüthern zurückzudrängen. Man kann es den Juden nicht verdenken, wenn sie von ihren Rechten Gebrauch machen, aber sie dürfen nicht allzu weit gehen. Daß das christliche Prinzip zurückgedrängt wird, verdanken wir der Aera, die mit dem Schulaufsichtsgesetz begann, die eine verhängnisvolle Wendung in der preussischen Geschichte bedeutet. Die Entwicklung des Schulwesens führt dahin, daß der Glaube der Väter in den Kindern verwischt wird. Die Juden können nicht mit Unrecht sagen, was wir thun, haben wir auf euren Schulen gelernt. Diejenigen, die am Glauben ihrer Väter festhalten, verfallen in diese Fehler niemals. Aber derjenige Theil, der ungläubig geworden ist, reicht dem ungläubigen Christen die Hand und fällt mit ihm gemeinschaftlich über das positive Christenthum her. Wenn man darüber Klagen erhebt, dann soll man es nicht den jüdischen Elementen, sondern der ungläubigen Gesellschaft zur Last legen. Der christliche Sinn kann nur aufrecht erhalten werden durch die freie Bewegung der christlichen Kirche. Sie haben die christliche Kirche geknechtet. (Widerspruch links.) Hat die Regierung etwas gethan, um dieses Unglück abzuwenden? Thut sie jetzt etwas? Sie bleibt in ihrer unerschütterlichen Haltung der Kirche gegenüber. Wenn etwas vom Christenthum verloren geht, so ist die Regierung schuld daran. (Beifall im Centrum.) Ich flehe die Regierung an, dafür zu sorgen, daß unseren jüdischen Kindern der Glaube der Väter nicht verflümmert werde, um

die vor dem Materialismus und Unglauben zu bewahren. Immer sollten wir uns des Sprüchens bewußt bleiben: Was Du nicht willst, das man Dir thu', das füg' auch keinem Andern zu. (Beifall im Centrum.)

Um 4 Uhr wird die weitere Debatte auf Montag 10 Uhr vertagt.

## Telegraphische Nachrichten.

**Konstantinopel**, 20. November. Dem Vernehmen nach beabsichtige Derwisch Pascha heute mit mehreren Bataillonen auf Dulcigno zu marschiren. Die Pforte hofft, daß die Uebergabe binnen acht Tagen bewerkstelligt sein wird.

**Konstantinopel**, 20. November. Die Truppen Derwisch Pascha's in der Umgebung von Dulcigno, sollen von Albanesen eingeschlossen sein. Die Albanesen weigern sich, das zuletzt zu den Fahnen einberufene Kontingent von Nedifs zu stellen. Die albanesische Liga hat Osman Pascha angezeigt, daß sie jedem Versuche, das Dekret des Sultans zur Ausführung zu bringen, mit Gewalt entgegenzutreten würde. Aus Prizrend wird gemeldet, daß das dortige österreichische Konsulatsgebäude geplündert worden sei.

**Sofia**, 20. Novbr. In der Nationalversammlung gelangte das Grünbuch zur Bertheilung. Dasselbe enthält Aktienstücke betreffend die Kirchenverwaltung, die Zulassung österreichischer Postämter in Bulgarien, die Postkonvention mit Serbien, den Beitritt Bulgariens zur Berner Telegraphenkonvention, die Eisenbahnfrage, die Organisation des Sanitätsdienstes in Barna und Batschka, die türkische Auswanderung und betreffend das Räuberwesen in Ostbulgarien.

**Ragusa**, 20. November. Derwisch Pascha soll 4000 Mann Verstärkung verlangt haben.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Telegraphische Börsenberichte.

### Fonds-Course.

**Frankfurt a. M.**, 20. Novbr. (Schluß-Course.) Günstig. Lond. Wechsel 20.36. Pariser do. 80.55. Wiener do. 172.05. R.-M. St.-A. 147½. Rheinische do. 158½. Hess. Ludwigsb. 95½. R.-M.-Br.-Anth. 131½. Reichsbank 100½. Reichsbank 146½. Darmstb. 152½. Meiningen B. 95½. Deft.-ung. Bf. 704.50. Kreditaktien\*) 245½. Silberrente 62½. Papierreente 62½. Goldrente 74½. Ung. Goldrente 92½. 1860er Loose 122½. 1864er Loose 311.20. Ung. Staatsl. 221.50. do. Odb.-Obl. II. 84½. Böhm. Westbahn 208½. Elisabethb. 173½. Nordwestb. 159½. Galizier 237½. Franzosen\*) 241½. Lombarden\*) 76½. Italiener —. 1877er Russen 91½. II. Orientanl. 57½. Centr.-Pacific 111½. Diskonto-Kommandit —. Elbthalbahn —. Neue 4proz. Russen —. 4proz. Obligationen der Stadt Stockholm —. Lothringer Eisenwerke —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 245½. Franzosen 241½. Galizier —. ungar. Goldrente —. II. Orientanleihe —. 1860er Loose —. III. Orientanleihe —. Lombarden —. Schweizer. Centralbahn —. Main-Ludwigshafen —. 1877er Russen —. Böhm. Westb. —. \*) per medio resp. per ultimo.

**Frankfurt a. M.**, 20. Novbr. Effekten-Societät. Kreditaktien 245½. Franzosen 241½. Lombarden —. 1860er Loose —. Galizier 237½. österreich. Goldrente —. ungarische Goldrente 92½. II. Orientanleihe —. österr. Silberrente —. Papierreente —. III. Orientanl. —. 1877er Russen 91½. Meiningen Bank —. Fest.

**Wien**, 20. November. (Schluß-Course.) Lebhafter Kauflust für Banken, Bahnen und Renten, schließlich mäßige Realisationen. Papierreente 72.37½. Silberrente 73.50. Dester. Goldrente 87.00. Ungarische Goldrente 108.10. 1854er Loose 123.00. 1860er Loose 131.50. 1864er Loose 173.75. Kreditloose 178.20. Ungar. Prämienl. 109.70. Kreditaktien 286.80. Franzosen 281.25. Lombarden 90.25. Galizier 276.00. Kasch.-Oderb. 131.00. Pardubitzer 142.00. Nordwestb. 186.20. Elisabethbahn 201.00. Nordbahn 244.50. Desterreich.-ungar. Bank —. Zentr. Loose —. Unionbank 111.70. Anglo-Austr. 127.00. Wiener Bankverein 145.50. Ungar. Kredit 255.50. Deutsche Plätze 57.45. Londoner Wechsel 117.50. Pariser do. 46.35. Amsterdamer do. 97.00. Napoleons 9.37½. Dukaten 5.62½. Silber 100.00. Marknoten 58.05. Russische Banknoten 1.19. Remberg-Gzernowitz 168.50. Kronpr.-Rudolf 165.50. Franz-Josef 177.50.

**Wien**, 20. November. Abendbörse. Kreditaktien 286.75. Franzosen 281.00. Galizier 276.25. Anglo-Austr. 126.75. Papierreente 72.40. ung. Goldrente 108.05. Lombarden 90.00. österr. Goldrente 87.10. Marknoten 58.02½. Napoleons 9.37. 1864er Loose —. österr.-ungar. Bank —. Nordbahn —. Fest.

**Paris**, 20. November. (Schluß-Course.) Fest. 3proz. amortisirt. Rente 87.40. 3proz. Rente 85.65. Anleihe de 1872 119.27½. Italienische 5proz. Rente 87.80. Dester. Goldrente 74½. Ungar. Goldrente 94½. Russen de 1877 95½. Franzosen 606.25. Lombardische Eisenbahn-Aktien 193.75. Lomb. Prioritäten 273.00. Türken de 1865 10.52½. 6proz. rumänische Rente 92½. Credit mobilier 653.00. Spanier exte. 20½. do. inter. 19½. Suezkanal-Aktien —. Banque ottomane 531.00. Societe gen. 575.00. Credit foncier 1345.00. Canptier 330.00. Banque de Paris 1145.00. Banque descompte 517.00. Banque hypothecaire 613.00. III. Orientanleihe 57½. Türkenloose 31.00. Londoner Wechsel 25.31.

**London**, 20. Novbr. Consols 100½. Italienische 5proz. Rente 86½. Lombarden 7½. 3proz. Lombard. anleihe 10½. 3proz. Rente 102½. 5proz. Russen de 1871 88½. 5proz. Russen de 1872 88½. 5proz. Russen de 1873 90½. 5proz. Türken de 1865 10.52½. 5proz. fundirt. Amerikaner 104½. Dester. Silberrente 63. do. Papierreente —. Ungarische Goldrente 93½. Dester. Goldrente 74. Spanier 20½. Egypter 65½. Preuß. 4proz. Consols 100. 4proz. bair. Anleihe 99½. Türkei —. 1873er Russen —. Fest.

**New York**, 19. Novbr. (Schluß-Course.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 80½. C. Wechsel auf Paris 5.25½. 5pSt. fund. Anleihe 101½. 4pSt. fundirt. Anleihe von 1877 111½. Erie-Bahn 44. Central-Pacific 114. Memori. Centralbahn 143. Chicago-Eisenbahn 139.

### Bekanntmachung.

Mittwoch den 21. November, Vormittags 11 Uhr, werden auf hiesigem Bahnhofe 11,000 Kilogramm Rußkohlen aus Ratharinarube meistbietend verkauft werden.

Posen, den 20. November 1880.

Die königl. Güterexpedition der Oberschlesischen Eisenbahn.

## Polnisches Theater.

Montag:

## Boccaccio,

Operette von Suppé.



Produkten-Börse.

Berlin, 20. November. Wind: Nord. Wetter: Schön.  
Weizen per 1000 Kilo loco 185-235 M. nach Qualität ge-  
fordert, f. weißer Uderm. - M. ab Bahn bez., gelber - M.  
ab Bahn bez., weiß. Poln. - M. ab Bahn bez., per November  
213-213 bez., per November-Dezember 213-212 bez., per Dezember-  
Januar - bez., per April-Mai 213-217-218 M. bez., Mai-Juni  
219-213-291 bez., Gefündigt 2000 Ztr. Regulirungspreis 212 M. -  
Roggen per 1000 Kilo loco 215-222 M. nach Qualität gef., russi-  
scher - ab Bahn bez., inländ. 215-220 M. ab Bahn bez., feiner  
- M. ab Bahn bez., defekt. m. stark. Ausw. - M. ab Bahn bez.,  
per November 216-215 bez. und Geld, per November-Dezember  
214-213 bez., per Dezember-Januar 213-212 bez., per  
Januar-Februar - bez., per April-Mai 206-204 bez., per  
Mai-Juni 202-200 bez., per Juni-Juli - bez., Gefündigt  
2000 Ztr. Regulirungspreis 215 M. bez. - Gerste per 1000 Kilo  
loco 145-200 nach Qualität gefordert. - Hafer per 1000 Kilo  
loco 150-168 nach Qualität gefordert, russischer 151-155 bez., oft-  
und weipreussischer 151-157 bez., pommerischer und mecklenburgischer  
155 bis 158 bez., schlesischer 152-157 bez., böhmischer 152-157 bez.,  
per November 153 Mark, per November-Dezember 152 Mark, per  
Dez.-Jan. - bez., April-Mai 154-153 bez., Gefündigt 6000 Ztr.  
Regulirungspreis 152 bez., - Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare  
195-215 M., Futterwaare 182-191 M. - Mais per 1000 Kilo  
loco 140-143 n. nach Qualität gefordert, per April-Mai 139 bez., per  
November 140 nom., per Dezember 144 nom., per Januar 144 nom.,  
rumanischer - ab Bahn bez., amerikanischer - ab B. bez., Gefün-  
digt 3000 Ztr. Regulirungspreis 140 M. - Weizenmehl per 100

Kilo brutto 00: 31,50-30,00 M., 0: 30,00-29,00 M., 0/1: 28,00  
bis 28,00 M. - Roggenmehl inkl. Sad 0: 30,50 bis 29,00  
M., 0/1: 29,00-28,00 M., per November 29,00 bez., per Novem-  
ber-Dezember 29,00 bez., per Dezember-Januar 29,00 bez., per Januar-  
Februar 29,00 bez., per Februar-März - M. bez., per April-Mai  
29,00 bez., Mai-Juni 28,50 bez., Gefündigt - Ztr. Regulirungspreis  
- M. - Delfaat per 1000 Kilo Wintertraps - M. Wintertraps  
- M. - Kib 51 per 100 Kilo loco ohne Sad 55,0 M., flüffig  
- M., mit Sad 55,3 M., November 55,2 bez., per November-Dezember  
54,9 bez., per Dezember-Januar 54,9 bez., per Januar-Februar 55,9  
bez., per Februar-März - bez., per April-Mai 57,4-57,5-57,4 bez.,  
Mai-Juni - bez., Gefündigt - Ztr. Regulirungspreis - M. -  
Leinöl per 100 Kilo loco 67,0 M. - Petroleum per 100  
Kilo loco 31,3 M., November 29,6 bez., per November-Dezember  
29,6 bez., per Dezember-Januar 29,6 bez., per Januar-  
Februar 29,9 bez., per Januar-Februar 29,7 bez., per Februar-März - bez., per  
April-Mai - bez., Gefündigt - Ztr. Regulirungspreis - M. -  
Spiritus per 100 Liter loco ohne Sad 57,5-57,9-57,5 bez., per  
November 57,3-57,0-57,2 bez., per November-Dezember 56,2-56,3  
bis 56,4 bez., per Dezember-Januar 56,5-56,3-56,4 bez., per Januar-  
Februar - bez., Februar-März - bez., per April-Mai 57,6-57,3-57,5  
bez., per Mai-Juni 57,3-57,5-57,7 bez., Juni-Juli - bez., Gefündigt  
- Liter. Regulirungspreis - M. (Berl. Börs.-Ztg.)

Bromberg, 19. November 1880. [Bericht der Handelskammer.]  
Weizen: fest, hellbunt 200-210, hochbunt und glatt 210-220,  
abfall. Qual. 160-190 Mark - Roggen: fest, feiner, loco inländ.  
202-216 M., ger. nach Qualit. 175-190 Mark. - Gerste  
feine Brauwaare 160-170 M., große 150-160 Mark, kleine 135-145  
M. - Hafer: loco 140-150 Mark. - Erbsen: Kochwaare 180

-190 M. Futterwaare 170-180 Mark. - Mais: Rübe-  
Kaps: ohne Handel. - Spiritus: pro 100 Liter à 100 M.  
55-55,50 M. - Rubelcours: 204,- M.

Stettin, 20. November. (An der Börse.) Wetter: Beru-  
berlich, + 3 Grad R. Barometer 28,2. - Wind: Westwind.  
Weizen matter, per 1000 Kilo loco gelber 200-210 M., gerin-  
ger 180-199, weißer 200-212 M., per November 215,5 M. bez.,  
Frühjahr 216 Mark Br. - Roggen niedriger, per 1000  
loco inländischer 200-210 M., Libauer, russischer 205-210 M.,  
per November 212 Mark Br., per Novbr.-Dezember - M. bez.,  
Frühjahr 204-202,5 M. bez., per Mai-Juni - Gerste unverändert,  
pr. 1000 Kilo loco märk. 161-164 M. - Hafer stille, per 1000  
Kilo loco 140-150 M. - Erbsen ohne Handel. Mais umv. per 1000  
Kilo loco 144-147 M. Wintertraps geschäftlos, per 1000  
loco - M., per April-Mai 258 M. Br. - Rübel stille, per 1000  
Kilo loco ohne Sad bei Kleinigkeiten 56,5 M. Br., per November-  
Dez. - M. Br., November-Dez. - M., per April-Mai 57 M. Br. -  
niedriger, per 1000 Liter vst. loco ohne Sad 56,8 M.  
mit Sad -, per November 57,1-57 M. bez., per Novbr.-Dezember  
56 M. Br., per Frühjahr 56,8-56,6 M. b. n. G., Mai-Juni  
M. b. Angemeldet: - Str. Roggen, 10,000 Liter Spiritus, -  
gulirungspreise: Weizen - M., Roggen - M., Rübel - M.  
Spiritus - M. - Petroleum loco 10,6-10,75 M. trans. bez.,  
Ufsan 11,1-11,25 M. tr. bez., Regulirungspreis 10,6 M. tr.  
Geutiger Landmarkt: Weizen 210-216 M., Roggen 205-  
M., Gerste 155-165 M., Hafer 154-160 M., Erbsen 183-195 M.  
Kartoffeln 39-48 M., Heu 3-3,5 M., Stroh 36-39 M.  
(Office-Ztg.)

Berlin, 20. November.

Die gestern schon aufgetretene feste Stimmung übertrug sich auch  
auf den heutigen Verkehr und dokumentierte sich dadurch, daß die  
Gauß-Tendenzen wohl vertagt werden konnten, daß sie aber innerhalb  
der Börsen doch tiefere Wurzeln geschlagen haben, als der Verlauf des  
Geschäfts während der letzten Zeit erwarten ließ. Unsere Börse folgte  
hierbei indeß nicht ganz ihrer eigenen Neigung, denn diese schreibt ihr  
eine vorsichtige Geschäftsenthaltung vor, sondern es war mehr das  
Vorgehen Wiens, welches hier Nachahmung fand. In Wien werden  
bekanntlich die Aktien der garantierten österreichischen Bahnen stark in

die Höhe getrieben, und da unser Platz jener Bewegung zwar folgte,  
aber doch in der Regel in den Kursen hinter Wien zurückblieb, so leg-  
ten Wiener Spekulant unumgänglich Arbitrage-Austräge hierher, die  
nun auch die hiesige Spekulation zum „Mitlaufen“ anregte. Auf diese  
Weise gewannen alle von Wien abhängigen Werthe einen großen Kreis  
von Käufern und gingen auch mit recht nennenswerthen Kurserhöhun-  
gen aus dem Geschäft hervor. Dies war auch heute zu Beginn der  
Sall, die Kursanwachen gaben aber andererseits die Anregung zu Rea-  
lisationen. Außer in den österreich. Papieren blieb der Verkehr be-  
schränkt, trotzdem aber haben die einigermassen gangbaren Werthe fast

fastmlich kleinere Kurserhöhungen erfahren. Inländische Eisenbahn-  
Aktien blieben vernachlässigt und wurden in Folge dessen eher meck-  
Bankaktien zeigten sich bei geringem Verkehr fest. - Ausländische  
Staats-Anleihen zogen etwas an. - Der Schluss war etwas abge-  
schwächt. Devisen-Rhein. Bergw. zog 1 pSt. an. Per Ultimo notirt  
Kreitaftien 494-4-5-4. Lombarden 154-154,50. Franzosen  
484,50-486,50-485,50. Darmstädter Bank 152,75-152,60. De-  
fento-Commandit-Antheile 178-178,25-177,90. Deutsche Bank 147,  
bis 146,70.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 20. November 1880.  
Preussische Fonds- und Geld-  
Cours.

Consol. Anleihe	4 104,80 b3
do. neue 1876	4 99,90 b3
Staats-Anleihe	4 99,90 b3
Staats-Schuldsch.	3 98,50 b3
Ob.-Deich.-Obl.	4 103,40 b3
Berl. Stadt-Obl.	3 94,50 b3
Schldv. d. B. Rjm.	4 106,80 b3
Pr. d. B. Rjm.	4 102,75 b3
Landf. Central	4 99,00 b3
Kur- u. Neumark.	3 94,00 b3
do. neue	3 91,50 b3
do. neue	4 98,90 b3
R. Brandbg. Kred.	4 89,10 G
Östpreussische	4 98,75 G
do.	4 100,50 b3
do.	4 88,75 G
Pommersche	4 98,90 b3
do.	4 101,90 b3
do.	4 99,20 b3
Pommersche, neue	4 99,20 b3
Sächsische	4 91,40 G
Schlesische altf.	4 91,40 G
do. alte A.	4 91,40 G
do. neue I.	4 90,40 b3
Westpr. ritterfch.	4 99,50 b3
do.	4 99,50 b3
do. II. Serie	5 102,30 b3
do. neue	4 102,30 b3
Rentenbriefe:	
Kur- u. Neumark.	4 100,00 b3
Pommersche	4 99,70 b3
Pommersche	4 99,30 G
Pommersche	4 99,30 G
Rhein- u. Westf.	4 100,20 b3
Sächsische	4 100,00 b3
Schlesische	4 100,00 b3
20-Franstücker	16,13,5 b3
do. 500 Gr.	
Dollars	16,67 G
Imperial	13,93 G
do. 500 Gr.	20,45 b3
Engl. Banknoten	80,50 b3
do. einlös. Leipz.	172,70 b3
Frankf. Banknot.	
Defferr. Banknot.	
do. Silbergulden	
Russ. Noten 100 Rubl.	204,95 b3
Deutsche Fonds:	
Dtsch. Reichs-Anl.	4 99,90 G
P. A. v. 55 a 100 Th.	3 149,00 b3
Def. Pr. A. v. 67.	4 133,20 b3
do. 35 fl. Oblig.	173,50 b3
Wair. Präm.-Anl.	4 135,20 b3
Präm.-Anl. v. 1874	4 99,25 b3
Öst.-Mö.-Pr.-Anl.	3 131,40 b3
Def. St.-Pr.-Anl.	3 126,75 b3
Gott. Pr.-Pdbbr.	5 119,50 b3
do. II. Abth.	5 117,90 b3
Öst.-Pr.-A. v. 1866	5 186,00 b3
Lübecker Pr.-Anl.	3 182,75 b3
Meckl. Eisenbahn	3 91,40 b3
Meininger Loose	26,20 G
do. Pr.-Pdbbr.	4 123,40 b3
Oldenburger Loose	3 151,75 b3
D. G. G. v. 110	5 106,20 b3
do.	4 101,75 G
Dtsch. Hypoth. unk.	4 100,50 G
do.	4 101,00 G
Mein. Hyp.-Pj.	4 101,00 b3
Prdd. Grdr.-P. A.	5 99,60 G
do. Hyp.-Pdbbr.	5

Romm. G. B. I. 1205	105,00 B
do. II. IV. 1105	101,75 G
Romm. III. rz. 1005	99,25 b3
Br. B. G. B. rz. 1005	107,20 G
do. do. 1005	102,25 G
do. do. 115	103,25 b3
Br. G. B. Pdbbr. rz. 1005	102,50 G
do. unk. rz. 1105	103,25 b3
do. (1872 u. 74)	103,25 b3
do. (1872 u. 73)	103,25 b3
do. (1874)	103,25 b3
Br. G. B. Pdbbr. rz. 1205	104,00 B
do. do. 1105	105,25 G
Schles. Bod.-Kred.	5 103,70 B
do. do. 1105	103,75 G
Stettiner Nat.-Hyp.	5 100,60 G
do. do. 1105	100,50 G
Kruppsche Obligat.	5 107,90 G

Amerik. rz. 1881	6
do. 1885	6
do. Bdz. (funds.)	5 99,90 b3
Norweg. Anleihe	44
Memph. St.-Anl.	6 123,30 G
Defferr. Goldrente	4 75,00 b3
do. Kap.-Rente	4 62,10 b3
do. Silber-Rente	4 62,90 b3
do. 250 fl. 1854	4
do. Gr. 100 fl. 1858	328,00 G
do. Est.-A. v. 1860	5 122,70 b3
do. do. v. 1864	314,00 b3
Ungar. Goldrente	6 92,80 b3
do. St.-Gib.-Akt.	5 88,70 b3
do. Loose	5 222,00 b3
do. Schatzf. I.	6
do. do. Meine	6
do. do. II.	6
Stalischer Rente	5 86,00 G
do. Tab.-Oblig.	6
Rumänier	8
Finnische Loose	49,00 b3
Russ. Centr.-Bod.	5 76,80 G
do. Engl. A. 1822	5 87,40 b3
do. do. v. 1862	5
Russ. funds. A. 1870	5
Russ. cens. A. 1871	5
do. do. 1872	5
do. do. 1873	5
do. do. 1877	5
do. do. 1880	4 91,70 b3
do. Boden-Credit	5 80,75 b3
do. Pr.-A. v. 1864	5 139,75 b3
do. do. v. 1866	5 137,00 b3
do. 5. A. Steigl.	5 59,25 G
do. 6. do. do.	5 85,25 G
do. Pol. Sch.-Obl.	4
do. do. kleine	4
Poln. Pdbbr. III. G.	5 62,40 b3
do. do.	4
do. Liquidat.	4 54,10 b3
Luz. Anl. v. 1865	5 10,50 b3
do. do. v. 1869	5
do. Loose vollg. B.	5

Amsterd. 100 fl. 8 Z.	168,25 b3
do. 100 fl. 2 Z.	167,50 b3
London 1 Mr. 8 Z.	20,36 b3
do. do. 3 Mr.	20,26,5 b3
Paris 100 fr. 8 Z.	80,55 b3
Sig. Bipi. 100 fr. 2 Z.	172,50 b3
Wien 50 fl. 8 Z.	171,25 b3
Wien 50 fl. 2 Mr.	203,90 b3
Peterb. 100 Rubl. 3 Z.	201,25 b3
do. 100 Rubl. 3 Mr.	201,25 b3
Warschau 100 Rubl. 8 Z.	204,60 b3

\*) Wechsel-Cours.  
Amsterd. 100 fl. 8 Z. 168,25 b3  
do. 100 fl. 2 Z. 167,50 b3  
London 1 Mr. 8 Z. 20,36 b3  
do. do. 3 Mr. 20,26,5 b3  
Paris 100 fr. 8 Z. 80,55 b3  
Sig. Bipi. 100 fr. 2 Z. 172,50 b3  
Wien 50 fl. 8 Z. 171,25 b3  
Wien 50 fl. 2 Mr. 203,90 b3  
Peterb. 100 Rubl. 3 Z. 201,25 b3  
do. 100 Rubl. 3 Mr. 201,25 b3  
Warschau 100 Rubl. 8 Z. 204,60 b3  
\*) Zinsfuß der Reichs-Bank für  
Wechsel, für Lombard 5 pSt., Bank-  
diskonto in Amsterdam 3, Bremen -  
Brüssel 3, Frankfurt a. M. 4, Hamb-  
urg - Leipzig - London 2 pSt., Wars-  
chau, Petersburg 6, Wien 4 pSt.

Bank- u. Kredit-Aktien.	
Badische Bank	4 107,75 G
Bl. Rheinl. u. Westf.	4 39,50 b3
Bl. Spiritu. Pr.-G.	4 49,25 G
Berl. Handels-Ges.	4 100,60 G
do. Kassen-Verein	4 170,50 G
Breslauer Dis.-Bf.	4 96,40 b3
Centralf. f. B.	4 4,50 G
Centralf. f. S. u. G.	4
Coburger Credit-B.	4 88,25 b3
Östl. Wechselbank	4 95,50 G
Danziger Privatb.	4 111,00 G
Darmstädter Bank	4 152,50 b3
do. Zettelbank	4 106,60 G
Deffauer Creditb.	4 83,00 G
do. Landesbank	4 117,25 G
Deutsche Bank	4 146,60 b3
do. Genossensch.	4 116,00 G
do. Hyp.-Bank	4 92,00 G
do. Reichsbank	4 146,80 b3
Disconto-Comm.	4 177,75 b3
Geraer Bank	4 91,90 b3
do. Handelsb.	4 56,75 b3
Gothaer Privatb.	4 103,00 G
do. Grundcred.	4 90,50 G
Hypothek. (Güter)	4 101,50 G
Königsb. Vereinsb.	4 149,30 b3
Leipziger Creditb.	4 103,00 b3
do. Discontob.	4 103,00 b3
Magdeb. Privatb.	4 113,00 G
Medib. Bodencred.	4 65,50 G
do. Hypoth.-B.	4 81,00 b3
Meinung. Creditb.	4 95,75 b3
do. Hypothekensb.	4 91,75 b3
Niederlausitzer Bank	4 99,00 G
Norddeutsche Bank	4 167,25 G
Nord. Grundcred.	4 46,25 G
Defferr. Kredit	4
Petersb. Intern. Bf.	4 95,00 b3
Polen-Landwirthsch.	4 72,00 G
Polen-Br.-Bank	4 116,50 G
Polen-Spiritation	4 50,00 b3
Preuss. Bank-Anth.	4 93,30 b3
do. Bodencredit	4 93,30 b3
do. Centralbon.	4 129,50 G
do. Hyp.-Spielb.	4 99,00 G
Produkt.-Handelsb.	4 80,50 b3
Sächsische Bank	4 119,75 G
Schaffhaus. Bank	4 92,30 G
Schles. Bankverein	4 107,25 G
Südb. Bodencredit	4 133,00 b3

Industrie-Aktien.	
Brauerei Pagenhof.	4 163,00 b3
Damenb. Kattun.	4
Deutsche Bauges.	4 64,00 b3
Dtsch. Eisen-Bau	4 4,60 b3
Dtsch. Stahl- u. Eis.	4
Donnermarthütte	4 62,90 b3
Dormmunder Union	4 11,75 b3
Egelsch. Masch.-Akt.	4 23,25 b3
Edmannsd. Spinn.	4 31,00 G
Floraf. Charlottenb.	4
Kriss u. Rohn. Käh.	4 57,50 b3
Gelsenluch-Bergw.	4 126,00 b3
Geisenluch-Bergw.	4 95,25 G
Görsch. Marienhütte	4 98,60 b3
Hibernia u. Chamr.	4
Jannoblen (Berl.)	4 80,50 G
Kramsta. Reinen-A.	4 94,50 b3
Lauchhammer	4 35,00 b3
Leipzig-Hütte	4 116,50 b3
Luz. Tiefb.-Bergw.	4 63,00 b3
Marienburg-Bergw.	4 125,40 G
Marienhüt. Bergw.	4 71,00 G
Menden u. Schw. B.	4 77,50 G
Oberschl. Eis.-Bed.	4 47,25 G
Offend	4
Phosph. B. A. Lit. A	4 87,40 b3
Phosph. B. A. Lit. B	4 47,75 b3
Phosph. B. A. Lit. C	4 160,00 G
Rheinl. Masch.-Bergw.	4 79,40 G
Rheinl. Masch. Ind.	4
Stobmayer Kammern	4 23,25 b3
Unter den Linden	4 5,80 b3
Wollweil Maschinen	4 68,25 b3

Eisenbahn-Stamm-Aktien.	
Aachen-Masricht	4 29,60 b3
Altona-Kiel	4 157,00 G
Bergisch-Märkische	4 115,80 G
Berlin-Anhalt	4 120,75 b3
Berlin-Dresden	4 18,75 b3
Berlin-Görlitz	4 20,10 b3
Berlin-Hamburg	4 231,40 b3
Bresl.-Schm.-Frbg	4 109,80 b3
Bresl.-Soraub.-Guben	4 21,40 b3
Märkisch-Posen	4 26,60 b3
Magdeburg-Leipzig	4
do. do. Lit. B.	4
Nordhausen-Erfurt	4 27,25 b3
Obereschl. Lit. A. u. C.	4 199,90 b3
do. Lit. B.	4 165,30 b3
Östpreuss. Südbahn	4 45,00 b3
Rechte Obereschl.	4 150,90 b3
Rhein-Hahebahn	4 20,60 b3
Stargard-Posen	4 101,10 b3
Thüringische	4 178,25 b3
do. Lit. B. u. St. gar.	4 99,30 b3
do. Lit. C. u. St. gar.	4 104,25 b3
Ludwigsb.-Bergsch.	4 202,50 G
Mainz-Ludwigsb.	4 95,25 b3
Weimar-Geraer	4 149,75 b3
Albrechtshahn	5 31,10 b3
Amsterd.-Rotterd.	4 129,00 b3
Auffig-Leptitz	4 216,00 b3
Böhm. Westbahn	5 103,50 b3
Brest-Grajewo	5
Dur.-Bodenbach	4 90,40 b3
Elisabeth-Westbahn	4 86,40 b3
Kais. Franz. Joseph	5 76,00 b3
Gal. (Karl Ludwig)	5 118,70 b3
Gottard-Bahn 80%	4 49,75 b3
Rajchau-Dorberg	5 56,90 b3
Lüttich-Limburg	4 12,60 b3
Defferr. Staatzb.	5
do. Nordb.-A.	5 317,25 b3
do. Lit. B.	5 383,00 b3
Reichenb.-Bardubiz	4 60,90 b3
Kronpr. Rud.-Bahn	5 70,70 b3
Maas-Nijmegen	3 53,60 G
Münster	4 53,60 G
Russ. Staatsbahn	5 126,60 b3
do. Südbahn	5 58,75 b3
Schweizer Unionb.	4 24,50 b3
Schweizer Westbahn	4 22,75 b3
Südöst. (Comb.)	4
Turnau-Prag	4 91,00 b3
Warschau-Wien	4 268,00 b3

Eisenbahn-Stammprioritäten.	
Berlin-Dresden	5 52,90 b3
Berlin-Görlitz	5 81,50 b3
Bresl.-Soraub.-Guben	5 96,30 b3
Märkisch-Posen	5 101,90 b3
Marienburg-Masch.	5 87,00 b3
Münster-Entschede	5 17,25 b3
Nordhausen-Erfurt	5 94,10 b3
Oberlausitzer	5 46,75 G
Defferr. Gnesen	5 37,56 b3
Östpreuss. Südbahn	5 92,20 b3
Rosen-Granzburg	5 70,30 b3
Rechte Oderuf. Bahn	5 149,00 b3
Rumänische	5
Saalbahn	5